



Programmplanungsdokument 2021–2024
Auf dem Weg zu Aufbau und Resilienz

Arbeitsprogramm 2023



Programmplanungsdokument 2021–2024

Auf dem Weg zu Aufbau und Resilienz

Arbeitsprogramm 2023



Verwenden Sie bei Verweisen auf diesen Bericht bitte folgenden Wortlaut:

Eurofound (2023), *Programmplanungsdokument 2021–2024: Arbeitsprogramm 2023*, Dublin.

Luxembourg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

PDF: ISBN 978-92-897-2322-0 ISSN 2363-3174 doi:10.2806/111634 TJ-AO-23-001-DE-N

Dieses Programmplanungsdokument und die zugehörigen Materialien sind online abrufbar unter <https://eurofound.link/ef22037>

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound), 2023

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Die Genehmigung zur Verwendung oder Vervielfältigung von Fotos oder sonstigem Material, die nicht dem Urheberrecht von Eurofound unterliegen, ist direkt beim Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Titelbilder: © Ndabcreativity, pikselstock, Gorodenkoff/Adobe Stock; Fotoluminate LLC/Shutterstock

Fragen zum Urheberrecht sind in Schriftform zu richten an: copyright@eurofound.europa.eu

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine trilaterale Agentur der Europäischen Union, die 1975 gegründet wurde. Sie hat den Auftrag, Fachwissen im Bereich sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Strategien gemäß der Verordnung (EU) 2019/127 bereitzustellen.

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Telefon: (+353 1) 204 31 00

E-Mail information@eurofound.europa.eu

Internet: www.eurofound.europa.eu

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	2
Vorwort	4
Auftrag	5
I. Allgemeiner Kontext für den Zeitraum 2021-2024.....	6
Politischer Kontext der EU	8
Institutioneller Kontext	10
II. Mehrjährige Programmplanung und Arbeitsprogramm 2023.....	12
Einleitung	12
1. Mehrjährige Ziele.....	15
2. Operative Tätigkeiten	16
2.1 Tätigkeit 1: Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit	16
2.2 Tätigkeit 2: Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog.....	22
2.3 Tätigkeit 3: Beschäftigung und Arbeitsmärkte	27
2.4 Tätigkeit 4: Lebensbedingungen und Lebensqualität	31
2.5 Tätigkeit 5: Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels.....	35
2.6 Tätigkeit 6: Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz	40
2.7 Tätigkeit 7: Management und Entwicklung von Erhebungen.....	44
2.8 Tätigkeit 8: Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftersuchen.....	47
3. Horizontale Tätigkeiten.....	48
3.1 Tätigkeit 9: Kommunikation.....	48
3.2 Tätigkeit 10: Management und Entwicklung	52
4. Konzept für die Umsetzung.....	54
4.1. Methoden und Instrumente	54
4.1. Zusammenarbeit und Partnerschaften	55
4.2. Strategie für die Beziehungen zu Drittländern und zu internationalen Organisationen	57
5. Ausblick auf die personellen und finanziellen Ressourcen: Ressourcenplanung für die Jahre 2022-2025.....	57
5.1. Finanzielle Ressourcen	57
5.2. Humanressourcen	59
5.3. Ausweitung der Aufgaben und Effizienzsteigerungen	60

Abkürzungsverzeichnis

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
BBSB	Beschäftigungsbedingungen der sonstigen Bediensteten
CATI	Computergestützte Telefonbefragungen (Computer-assisted telephone interviews)
Cedefop	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
CSR	Länderspezifische Empfehlungen (Country-specific recommendations)
ECS	Europäische Unternehmenserhebung (European Company Survey)
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EGF	Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
EIGE	Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
EJM	Europäischer Jobmonitor
ELA	Europäische Arbeitsbehörde
EMAS	EU-Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung
EMCO	Beschäftigungsausschuss (Employment Committee)
EPMS	Leistungsbeobachtungssystem von Eurofound (Eurofound performance monitoring system)
EPSCO	Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
EPSO	Europäisches Amt für Personalauswahl
EPSR	Europäische Säule sozialer Rechte
EQLS	Europäische Erhebung zur Lebensqualität (European Quality of Life Survey)
ERL	Elektronische Reserveliste
ERM	Europäisches Beobachtungsinstrument für Umstrukturierungen (European Restructuring Monitor)
ESF	Europäischer Sozialfonds

Programmplanungsdokument 2021–2024 – Arbeitsprogramm 2023

ETF	Europäische Stiftung für Berufsbildung
EUA	Europäische Umweltagentur
EU-AKE	EU-Arbeitskräfteerhebung
EU-OSHA	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
Eurofound	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
EU-SILC	EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen
EWCS	Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen (European Working Conditions Survey)
EWCTS	Europäische telefonische Erhebung über die Arbeitsbedingungen (European Working Conditions Telephone Survey)
FRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
JRC	Gemeinsame Forschungsstelle
KI	Künstliche Intelligenz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KPI	Zentraler Leistungsindikator (Key performance indicator)
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
NGEU	Programm „NextGenerationEU“
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SLA	Dienstgütevereinbarung (Service Level Agreement)
SPC	Ausschuss für Sozialschutz (Social Protection Committee)
VZÄ	Vollzeitäquivalent
WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss

Vorwort

Im Jahr 2023 werden die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen die Europäische Union vor große Herausforderungen stellen. Da nichts darauf hindeutet, dass die russische Aggression in der Ukraine bald ein Ende haben wird, herrscht große Unsicherheit in Bezug auf das kommende Jahr. Die steigenden Lebenshaltungskosten schlagen zunehmend zu Buche, während die Mitgliedstaaten alle Anstrengungen unternehmen, um ihren Energiebedarf zu decken. Die Wirtschaftsprognosen sind düster und es wird von einem rückläufigen Wachstum im Jahr 2023 ausgegangen. Zudem sind die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie auf der ganzen Welt noch immer spürbar.

Angesichts dieser negativen Einflussfaktoren führt die EU ihr Programm fort, um dafür Sorge zu tragen, dass die Mitgliedstaaten auf die strukturellen Veränderungen beim Übergang zur CO₂-Neutralität und zur digitalen Gesellschaft vorbereitet sind. Die letzte Wirtschaftskrise hat verdeutlicht, dass die Gesellschaften resilienter werden müssen, um wirtschaftlichen Schocks zu begegnen, was durch die Pandemie noch einmal verstärkt wurde. Das Programm „NextGenerationEU“ spielt eine zentrale Rolle bei der Finanzierung der Pläne der Mitgliedstaaten, sich von der Pandemie zu erholen und sich auf die künftigen Veränderungen vorzubereiten.

Im Hinblick auf die Zukunft muss die EU die Auswirkungen der Veränderungen auf ihre Bevölkerung im Auge behalten. Im Arbeitsleben und bei den Lebensbedingungen bestehen nach wie vor Ungleichheiten, und der wirtschaftliche Druck auf die Europäerinnen und Europäer wächst, da die Kaufkraft der Haushaltseinkommen sinkt. In dieser Zeit des Wandels und auch im Europäischen Jahr der Kompetenzen 2023 wird das laufende Projekt zur Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte in der Politik entscheidend zur Stärkung der Beschäftigungs- und sozialen Rechte der Europäerinnen und Europäer beitragen.

In diesem Arbeitsprogramm werden die Tätigkeiten beschrieben, die Eurofound für das Jahr 2023 plant, um den politischen Entscheidungsträgern bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen mit Fakten und Analysen unterstützend zur Seite zu stehen. Die Offenlegung solcher Daten und Informationen ist ein Eckpfeiler des Mandats von Eurofound als öffentliche Einrichtung der EU, und die Agentur ist zuversichtlich, dass sie weiterhin einen positiven Beitrag zu den Bemühungen um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Europäerinnen und Europäer leisten wird.



Ivailo Kalfin

Exekutivdirektor

Auftrag

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine trilaterale Agentur der Europäischen Union.

Ihrer Gründungsverordnung¹ zufolge ist das Ziel der Agentur die Unterstützung der Organe und Einrichtungen der EU, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner zu dem Zweck, politische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Planung beschäftigungspolitischer Maßnahmen und der Förderung des Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gestalten und durchzuführen. Zu diesem Zweck fördert und verbreitet Eurofound Wissen, stellt zum Zwecke der Politikgestaltung Nachweise und Dienstleistungen, einschließlich forschungsbasierter Schlussfolgerungen, zur Verfügung und erleichtert den Wissensaustausch zwischen den Akteuren auf Unionsebene und nationaler Ebene.

Die Aufgabe von Eurofound besteht darin, die Entwicklung sachlich gut begründeter sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Maßnahmen durch Fachwissen zu unterstützen.

Die Agentur orientiert sich bei ihrer Arbeit an dem Leitbild, das führende Wissenszentrum in Europa für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sein.

¹ Verordnung (EU) 2019/127 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Januar 2019 über die Gründung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates.

I. Allgemeiner Kontext für den Zeitraum 2021-2024

Die Erstellung dieses Arbeitsprogramms erfolgt in einer Ausnahmesituation. Die Europäische Union ist – wie die übrige Welt – von der COVID-19-Pandemie schwer betroffen. Als Russland Ende Februar 2022 die Ukraine angriff, löste dies einen Krieg aus, durch den mehr als 14 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer vertrieben wurden und der zu einer humanitären und Flüchtlingskrise in Europa geführt hat, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Dank der beispiellosen Reaktion der Europäischen Union und der EU-Mitgliedstaaten auf COVID-19 konnten zwar Millionen von Toten und eine ausgewachsene Rezession verhindert werden – die Gesamtwerte deuten darauf hin, dass ab 2022 wieder die Situation von vor der Pandemie erreicht sein wird –, aber der Krieg in der Ukraine hat zu einem signifikanten Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise und zur Unterbrechung vieler etablierter Lieferketten geführt, wodurch der ohnehin schon starke Gegenwind für das Wachstum noch zunahm. In der Herbstprognose 2022 der Europäischen Kommission wurde das Wachstum von 2,7 % auf 3,3 % für das Jahr 2022 nach oben und von 1,5 % auf 0,3 % für das Jahr 2023 nach unten korrigiert. Die Inflation stieg auf einen historischen Höchststand von 9,3 % im Jahr 2022 und 7,0 % im Jahr 2023. Die steigenden Lebenshaltungskosten treffen Familien mit niedrigem Einkommen unverhältnismäßig stark, da sie einen höheren Anteil ihres Einkommens für Konsum und Energie ausgeben. Allerdings werden Bürgerinnen und Bürger der EU insgesamt in der nächsten Zeit mehrheitlich eine deutliche Schwächung ihrer Kaufkraft erfahren. Die große Ungewissheit im Zusammenhang mit den Folgen des Krieges in der Ukraine in Kombination mit der nach wie vor bestehenden Verunsicherung über die Entwicklung der COVID-19-Pandemie, die bestehende strikte Null-COVIDPolitik in China und der Rückgang des Wachstums in den USA wirken sich allesamt dämpfend auf Investitionen und Ausgaben aus und führen dazu, dass die Wirtschaftsaussichten in der EU zunehmend negativ beeinflusst werden. Die damit verbundenen sozialen Folgen sind steigende Lebenshaltungskosten, eine ungünstige Arbeitsmarktsituation und unter Druck stehende Sozialschutzsysteme. Angesichts dieses extrem herausfordernden Kontextes innerhalb und außerhalb der Union sind die europäischen Unternehmen mit großen Herausforderungen konfrontiert. Des Weiteren stehen die EU-Mitgliedstaaten vor der ungeahnten Herausforderung, Millionen von ukrainischen Kriegsflüchtlingen aufzunehmen und zu integrieren.²

Vor diesem Hintergrund wird die Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne im Rahmen des Programms „NextGenerationEU“ nach wie vor eine wichtige Rolle bei den Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft und gleichzeitig zur Vorbereitung Europas auf den Übergang in eine wettbewerbsfähigere, ökologische und digitale Wirtschaft spielen. Die Turbulenzen der Krise und der doppelte ökologische und digitale Wandel werden mit Sicherheit strukturelle Veränderungen für den Arbeitsmarkt und seine Funktionsweise sowie für die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, mit sich bringen.

Die Auswirkungen der COVID-19-Krise und der Krieg in der Ukraine könnten den deutlichen Anstieg der Wahrnehmung von Unsicherheit und die Sorgen um die Zukunftsaussichten nicht nur bei den am stärksten ausgegrenzten Gruppen, sondern auch in weiten Teilen der Gesellschaft noch verschärfen,

² Eurofound hat eine Reihe von Projekten zur Beobachtung und Untersuchung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine ins Arbeitsprogramm aufgenommen und angepasst – die Liste der Projekte findet sich in [Anhang XIII](#).

was zu Spaltungen, Ernüchterung und Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Parteien und nicht zuletzt in Bezug auf die europäische Integration führen könnte.

Zugleich stehen die treibenden Kräfte hinter dem Strukturwandel in Europa weiterhin mit Demografie, Technologie, Globalisierung und Klimawandel im Zusammenhang. Der technologische Wandel schreitet zügig voran, wobei die COVID-19-Krise dieser Entwicklung noch Vorschub geleistet hat. Die Automatisierung, die nicht zuletzt durch künstliche Intelligenz (KI) ermöglicht wird, wird einerseits zum Abbau von Arbeitsplätzen, andererseits aber auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen und die Art der Arbeit sowie die Art und Weise, wie Aufgaben verteilt, ausgeführt und bewertet werden, verändern. Mit dem Anstieg der Energiepreise und dem Erfordernis, Energie aus alternativen Quellen zu beziehen, ist die Energiewende in den Mittelpunkt gerückt. Eurofound hat gezeigt, dass durch den Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft zwar voraussichtlich mehr Arbeitsplätze geschaffen als zerstört werden, dass aber auch die Beschäftigungsstruktur verändert wird.³ Vor dem Hintergrund der von der EU vorgegebenen ehrgeizigen Ziele wird dieser Wandel zu umfassenderen Herausforderungen für Leben und Arbeit führen und sollte deshalb zusammen mit den Herausforderungen betrachtet werden, die mit dem Krieg in der Ukraine und der Erholung von der COVID-19-Krise verbunden sind.

Durch den demografischen Wandel werden zahlreiche aktuelle Probleme verschärft. Eine alternde Bevölkerung wie im Falle Europas verschärft den Arbeitskräftemangel sowie das Missverhältnis zwischen vorhandenen und benötigten Qualifikationen und stellt die langfristige Gesundheitsversorgung sowie die Tragfähigkeit und Angemessenheit der Renten und Pensionen vor große Herausforderungen. Auf kurze Sicht bringt die Integration der Millionen von Flüchtlingen aus der Ukraine sowohl Chancen als auch Herausforderungen mit sich, da der Bedarf an Wohnraum und öffentlichen Dienstleistungen steigen wird. Schätzungen zufolge wird sich die Bevölkerung Afrikas bis 2050 verdoppeln (Weltbevölkerungsprognose 2017 der Vereinten Nationen) und auch andere Regionen werden voraussichtlich Herkunftsregionen von Migrantinnen und Migranten bleiben. Diese Kombination aus geringem Bevölkerungswachstum in der EU und einem Bevölkerungsboom in den Nachbarregionen in Verbindung mit einer möglichen Lebensmittelknappheit in letzteren dürfte den Migrationsdruck weiter erheblich erhöhen und die Integrationsfähigkeit der Gesellschaften und Unternehmen in Europa einer starken Belastungsprobe aussetzen, was wiederum den Zusammenhalt in der EU in Frage stellen kann. Der Strukturwandel bringt zwar viele Herausforderungen für die Beschäftigung sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen mit sich, kann aber auch eine Chance darstellen, um Fortschritte auf dem Weg zu einem integrativeren, innovativeren und nachhaltigeren Europa zu erzielen.

Zum Verständnis und damit zur Beeinflussung dieser wichtigen Themen ist es zunächst notwendig, ihre Entwicklung regelmäßig zu beobachten. Während des Gipfeltreffens in Porto am 7. Mai 2021 wurde hervorgehoben, dass der Schwerpunkt weiterhin auf Fragen liegen dürfte, die den sozialen Zusammenhalt und die Angleichung hin zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen betreffen. Dieser Schwerpunkt gewinnt angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten und der drohenden Rezession noch mehr an Bedeutung. Es sollte auch darauf geachtet werden, dass die Anpassung des Arbeitsmarkts an den bevorstehenden Strukturwandel nicht nur zu einer

³ Eurofound (2019), „The future of manufacturing in Europe“ (Die Zukunft der Fertigung in Europa), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und einem Beschäftigungsaufbau, sondern auch, wie in der Jahrhunderterklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vom Juni 2019 festgestellt, zu „eine[m] gerechten Übergang zu einer Zukunft der Arbeit [führt], die zur nachhaltigen Entwicklung in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension beiträgt“⁴. Es liegt auf der Hand, dass die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine, die in der Folge beschlossenen Aufbaumaßnahmen und die verschiedenen Übergänge zwangsläufig einen gewissen asymmetrischen Verteilungseffekt haben werden; wichtig ist jedoch, dass diese Effekte eine gerechte Wirkung haben.

Politischer Kontext der EU

Dieser Zeitraum stellt den Beginn der zweiten Hälfte der Mandatsperiode des Europäischen Rates, der Kommission und des Parlaments dar, und die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024, dem ersten Wahltermin nach Vollzug des Brexits, rücken immer näher. Dies werden die letzten Jahre der Umsetzung der Strategischen Agenda des Europäischen Rates für den Zeitraum 2019-2024 sein, deren vier Hauptprioritäten der Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten, die Entwicklung einer soliden und dynamischen wirtschaftlichen Basis, der Aufbau eines klimaneutralen, grünen, gerechten und sozialen Europas und die Förderung der Interessen und Werte Europas in der Welt sind. Schließlich bildet er auch den Auftakt zur zweiten Hälfte der Amtszeit der Kommission von Präsidentin von der Leyen und zur Umsetzung ihrer politischen Leitlinien für den Zeitraum 2019-2024 mit ihren sechs Schlagworten: ein europäischer Grüner Deal, eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, ein Europa für das digitale Zeitalter, schützen, was Europa ausmacht, ein stärkeres Europa in der Welt und neuer Schwung für die Demokratie in Europa.

Während die oben genannten Prioritäten 2024 auslaufen werden, befinden sich andere erst auf halber Strecke. Dieser ausgedehnte Zeitrahmen spiegelt die längerfristigen politischen Ziele, die die EU, ihre Mitgliedstaaten und Sozialpartner gemeinsam verfolgen, um die seit langem bestehenden Herausforderungen zu bewältigen, sowie ihr Bestreben wider, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa zu erhalten und zu verbessern. Aus der vorübergehend eingerichteten Aufbau- und Resilienzfazilität, die 2021 in Kraft getreten ist und bis Ende 2026 läuft, werden den Mitgliedstaaten in den ersten Jahren 723,8 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt (385,8 Mrd. EUR in Form von Darlehen und 338 Mrd. EUR in Form von Finanzhilfen). Die Mittel aus der Fazilität werden für Projekte verwendet, die auf sechs Säulen beruhen: 1) ökologischer Wandel, 2) digitaler Wandel, 3) wirtschaftlicher Zusammenhalt, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, 4) sozialer und territorialer Zusammenhalt, 5) Gesundheit, wirtschaftliche, soziale und institutionelle Resilienz und 6) Maßnahmen für die nächste Generation. Überdies müssen die Mitgliedstaaten 37 % der Mittel für klimabezogene Tätigkeiten und 20 % für Prioritäten im Hinblick auf den digitalen Wandel aufwenden.

Im Mai 2021 hat die EU ihre langfristigen Klima- und Umweltziele verabschiedet. Mit dem Europäischen Klimagesetz wurde das Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 und die kollektive Zielvorgabe, die Netto-Treibhausgasemissionen (Emissionen nach Abzug des Abbaus) bis 2030 gegenüber 1990 um mindestens 55 % zu senken, rechtlich verankert. Im Juli 2021 stellte die Kommission ein umfassendes Gesetzespaket „Fit für 55“ vor, mit dem die Instrumente zur Unterstützung der Erreichung des im Klimagesetz vorgegebenen Ziels, unter anderem der soziale

⁴ Die Jahrhunderterklärung der IAO für die Zukunft der Arbeit wurde auf der 108. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz am 21. Juni 2019 in Genf verabschiedet.

Klimafonds, bereitgestellt werden sollen. Im Dezember 2021 schlug die Kommission ferner eine Empfehlung des Rates zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität vor. In Bezug auf die digitale Strategie schlug die Kommission im März 2021 [einen Digitalen Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade](#) vor; in diesem Kompass sind die Kernziele festgelegt, die bis Ende des Jahrzehnts erreicht werden sollen. Zu diesen Zielen gehört, dass 80 % der Erwachsenen zumindest über digitale Grundkenntnisse verfügen, 20 Millionen IKT-Fachkräfte beschäftigt und die öffentlichen Dienste digitalisiert werden.

Parallel zu den digitalen und klimapolitischen Zielen befindet sich der am 4. März 2021 vorgestellte [Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) in der ersten Hälfte seiner Umsetzung. Damit sollen die Ziele der sozialen Dekade Europas erreicht werden.

Der Aktionsplan beinhaltet drei Kernziele sowie mehrere Unterziele, die bis 2030 erreicht werden sollen:

1. Bis 2030 sollen mindestens 78 % der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren in Beschäftigung sein.
2. Jährlich sollen mindestens 60 % aller Erwachsenen an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen.
3. Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll bis 2030 um mindestens 15 Millionen Personen verringert werden.

Im Juni 2021 stimmte der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) (EPSCO) zu, neben den bestehenden Indikatoren auch neue Leitindikatoren in das sozialpolitische Scoreboard aufzunehmen, die im gemeinsamen Beschäftigungsbericht berücksichtigt werden sollen. Der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte ist von zentraler Bedeutung für das Arbeitsprogramm von Eurofound.

Die Umsetzung dieser Schwerpunkte erfolgt in einem sich wandelnden geopolitischen Kontext und angesichts eines starken Preisdrucks. Am 20./21. Oktober 2022 hat der Europäische Rat *Schlussfolgerungen* zu den Themen Ukraine/Russland, kritische Infrastruktur, Energie und Wirtschaft sowie Außenbeziehungen angenommen, in denen ein Rahmen für die Bewältigung der aktuellen Krise abgesteckt wird.

Es werden verschiedene EU-Instrumente vorgelegt, angenommen oder in Kraft getreten sein. Daher wird Eurofound in ihrer Arbeit auch die Auswirkungen der folgenden Gesichtspunkte berücksichtigen:

- des Inkrafttretens der Richtlinien über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen und zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige im Jahr 2022 sowie der neu verabschiedeten Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union;
- der Vorschläge der Kommission für EU-Rechtsinstrumente wie die vorgeschlagenen Richtlinien über verbindliche Maßnahmen für mehr Lohntransparenz und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten;
- der Umsetzung der Empfehlungen des Rates zur Einführung einer Garantie für Kinder und der von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen des Rates zur Überarbeitung der Barcelona-Ziele zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung, zur Langzeitpflege, zum sozialen Dialog und zum Mindesteinkommen und zum nachhaltigen Sozialschutz;

- der Umsetzung von EU-Strategien wie dem Strategischen Rahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027, der Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung, der EU-Kompetenzagenda 2020-2025 und dem Digitalen Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade, der [EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025](#), der [Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen](#), dem [strategischen Rahmen für die Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma](#) und der [Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen](#);
- der von der Kommission vorgestellten Überarbeitung der Mitteilung der Kommission zu Auslegungsfragen in Bezug auf bestimmte Aspekte der Bestimmungen der Arbeitszeitrichtlinie und der Überarbeitung der Barcelona-Ziele sowie der Mitteilung über die bessere Abschätzung der Verteilungsfolgen von Maßnahmen der Mitgliedstaaten.
- Die Kommission hat angekündigt, dass sie das Jahr 2023 zum Europäischen Jahr der Kompetenzen ausrufen wird.

Nicht zuletzt ist die Rolle der Sozialpartner bei der Entwicklung von Lösungen, die den Anforderungen von Arbeitgebern und Beschäftigten gerecht werden, eine zentrale Erwägung für die Arbeit von Eurofound. In der Jahrhunderterklärung der IAO vom Juni 2019 wurde festgestellt, dass „die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts bestätigt haben, dass die anhaltenden und abgestimmten Maßnahmen von Regierungen und Vertretungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und die Förderung von universellem und dauerhaftem Frieden unverzichtbar sind“. Zur Verwirklichung dieses Ziels ist ein neu verabschiedetes EU-Arbeitsprogramm des sozialen Dialogs 2022-2024 von zentraler Bedeutung. Die EU-Sozialpartner haben sechs Prioritäten für ihre gemeinsame Arbeit ausgewählt: Telearbeit und ein Recht auf Nichterreichbarkeit, ökologischer Wandel, Jugendbeschäftigung, Datenschutz und Überwachung am Arbeitsplatz, Verbesserung der Abstimmung von Kompetenzen in Europa und Kapazitätsaufbau. Vorgeschlagen werden unter anderem eine rechtsverbindliche Vereinbarung, die im Rahmen einer Richtlinie umgesetzt wird (Telearbeit und das Recht auf Nichterreichbarkeit), ein Aktionsrahmen (ökologischer Wandel), drei Seminare mit dem Ziel einer gemeinsamen Erklärung (Jugendbeschäftigung), gemeinsame Leitlinien (Datenschutz und Überwachung am Arbeitsplatz) und ein gemeinsames Forschungsprojekt (Kompetenzen).

Institutioneller Kontext

Der Europäische Rat hat am 17. Dezember 2020 den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 angenommen, in dem der Zuschuss für Eurofound bis 2027 real eingefroren wurde (wobei lediglich ein Ausgleich für die geringe jährliche Inflation vorgesehen ist). Aufgrund des deutlichen Anstiegs des Berichtigungskoeffizienten für Irland seit 2020 wird zum Ausgleich ab 2023 ein zusätzlicher Zuschuss in Höhe von 650 000 EUR beantragt. Zudem schlägt die Kommission eine jährliche Erhöhung des Zuschusses in Höhe von 453 000 EUR ab 2023 vor, um dem außerordentlichen Druck auf die Haushaltsmittel für Gehälter entgegenzuwirken. Der Zuschussantrag beläuft sich für 2023 auf insgesamt 23 595 000 EUR. Die zusätzlichen Mittel werden die tatsächlichen Kostensteigerungen nur teilweise ausgleichen. Daher ist es erforderlich, dass Eurofound weiterhin aktiv nach Möglichkeiten sucht, um die Kosten weiter zu senken, die Effizienz zu steigern und stärkere Synergien zu erzielen und umzusetzen. In den kommenden Jahren wird es für Eurofound zunehmend schwieriger werden, bei der Erfüllung ihres Auftrags die erwarteten Standards einzuhalten, insbesondere im Hinblick auf die Erhebung von Daten und die Beobachtung von Entwicklungen bei den Lebens- und

Arbeitsbedingungen. Vor diesem Hintergrund wird Eurofound weiter in alternative Maßnahmen investieren müssen, um ihre Aufgaben wahrzunehmen, z. B. die Auswahl einer begrenzten Anzahl von Prioritäten und die Auslotung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Aufbaus von Partnerschaften, vor allem mit anderen Agenturen und Organen der EU.

Ganz allgemein strebt Eurofound aktiv nach langfristiger ökologischer, sozialer und finanzieller Nachhaltigkeit.

II. Mehrjährige Programmplanung und Arbeitsprogramm 2023

Einleitung

Wie im vorstehenden Kapitel ausgeführt, werden die Prioritäten von Eurofound für den Zeitraum 2021-2024 durch die zentralen Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt und gerechte Übergänge in einem sich wandelnden Umfeld im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den Folgen der COVID-19-Krise bestimmt. Die Agentur konzentriert sich auf Themen, bei denen sie auf ihre Kernkompetenzen in den Bereichen Arbeitsbedingungen, Arbeitsbeziehungen, Beschäftigung und Lebensbedingungen zurückgreifen kann, um ihre Interessenträger durch die Bereitstellung von Fakten, die als Grundlage für deren politische Maßnahmen dienen können, zu unterstützen.

Das Programmplanungsdokument für den Zeitraum 2021-2024 umfasst sechs strategische Bereiche, die durch folgende operative Tätigkeiten umgesetzt werden.

Die ersten vier entsprechen dem Auftrag gemäß der Gründungsverordnung der Agentur.⁵

1. **Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit:** Bereitstellung vergleichender Daten und Analysen, die dafür genutzt werden können, die Arbeitsplatzqualität zu verbessern und die Nachhaltigkeit der Arbeit über das gesamte Leben hinweg in einem von transformativen Veränderungen gekennzeichneten Arbeitsmarkt zu fördern. Die Daten und Analysen dienen politischen Entscheidungsträgern zur Information über die Entwicklungen, wobei Chancen und Herausforderungen besonders hervorgehoben werden.
2. **Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog:** Wirken als Kompetenzzentrum für die Beobachtung und Analyse von Entwicklungen in den Bereichen Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog und für die Förderung des Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Mit dieser Tätigkeit entspricht Eurofound der Notwendigkeit, den sozialen Dialog zu unterstützen und vergleichende Daten über nationale institutionelle Gegebenheiten und Entwicklungen sowie über Maßnahmen der europäischen Sozialpartner bereitzustellen und auf diese Weise die Bedeutung des sozialen Dialogs für die Berücksichtigung der politischen Prioritäten und der kontextuellen Herausforderungen und Chancen widerzuspiegeln, die im vorstehenden Kapitel beleuchtet wurden.
3. **Beschäftigung und Arbeitsmärkte:** Bereitstellung von Wissen für die Erkennung von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und für die Untermauerung von beschäftigungspolitischen Strategien im Hinblick auf die Verbesserung der Funktionsweise und der Integration in einem raschen Veränderungen unterworfenen Arbeitsmarkt.
4. **Lebensbedingungen und Lebensqualität:** Abbildung und Analyse zentraler Elemente für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, einschließlich Informationen über die Wahrnehmung der Lebensqualität und der Gesellschaft. Bei dieser Tätigkeit werden Fakten und forschungsbasierte Schlussfolgerungen für das Verständnis der Herausforderungen

⁵ Artikel 1 Absatz 2: „Ziel von Eurofound ist die Unterstützung der Kommission, anderer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner zu dem Zweck, politische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Planung beschäftigungspolitischer Maßnahmen und der Förderung des Dialogs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gestalten und durchzuführen.“

erarbeitet, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist, wobei insbesondere auf die 20 Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte und den doppelten ökologischen und digitalen Übergang Bezug genommen wird.

Darüber hinaus wird Eurofound die politischen Herausforderungen in zwei themenübergreifenden Tätigkeiten angehen.

5. **Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels:** Bereitstellung von Fakten über strukturelle Veränderungen, die im Wesentlichen durch die Digitalisierung und den Klimawandel, aber auch die COVID-19-Krise und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine vorangetrieben werden, die dazu dienen können, gerechte Übergänge zu gewährleisten, die die Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen, den Sozialschutz und die Rechte der Arbeitnehmer fördern und zugleich Arbeitsproduktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand steigern, wie es in der politischen Agenda der EU dargelegt ist.
6. **Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz:** Beitrag zur politischen Debatte über Gerechtigkeit und Bereitstellung von Informationen, die als Grundlage für politische Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und zur Förderung der Konvergenz hin zu besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen in der EU dienen. Bei dieser Tätigkeit werden sowohl qualitative als auch quantitative Fakten zusammengestellt, um die Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte und die damit zusammenhängenden Maßnahmen voranzutreiben.



Bei der Analyse in diesen strategischen Bereichen werden die Beobachtungsinstrumente von Eurofound herangezogen. Dazu zählen die Erhebungen von Eurofound, die wertvolle Informationen

über die bisherigen operativen Tätigkeiten bereitstellen werden. Darüber hinaus wird Eurofound angesichts des sich verändernden politischen Kontexts flexible Kapazitäten vorhalten, um auf Ad-hoc-Ersuchen und neue Anforderungen der Interessenträger während des Programmplanungszeitraums reagieren zu können. Vor diesem Hintergrund sind für die Durchführung des Programms zwei zusätzliche operative Tätigkeiten vorgesehen:

- 7. Management und Entwicklung von Erhebungen**
- 8. Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftersuchen**

Schließlich wird das vorliegende Programmplanungsdokument durch zwei horizontale Tätigkeiten ergänzt:

- 9. Institutionelle Kommunikation**
- 10. Management und Entwicklung**

1. Mehrjährige Ziele

Das strategische Ziel von Eurofound für den Programmplanungszeitraum 2021-2024 lautet:

Bereitstellung von wissenschaftlich fundiertem, unvoreingenommenem, zeitnahe und politisch relevantem Wissen, das zu sachlich gut begründeten politischen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und zur Stärkung des Zusammenhalts in einem sich wandelnden Europa beiträgt.

Durch den Beitrag von Eurofound in den einzelnen strategischen Bereichen sollen die politischen Entscheidungsträger Informationen erhalten, um:

- die Arbeitsplatzqualität zu verbessern und die Nachhaltigkeit der Arbeit über das gesamte Leben hinweg zu stärken (Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit);
- den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern (Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog);
- das Funktionieren und den integrativen Charakter des Arbeitsmarktes zu verbessern (Beschäftigung und Arbeitsmärkte);
- die Lebensqualität und die Gesellschaft zu verbessern (Lebensbedingungen und Lebensqualität);
- gerechte Übergänge zu gewährleisten, die die Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen, den Sozialschutz und die Rechte der Arbeitnehmer fördern und zugleich die Arbeitsproduktivität, die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand steigern (frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels);
- den sozialen Zusammenhalt zu verbessern und die Konvergenz hin zu besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu fördern (Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz).

Als leistungsstarke Organisation wird die Agentur ihre finanziellen und personellen Ressourcen nach den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung und auf der Grundlage der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Bediensteten wirksam und effizient einsetzen.

Leistungsbeobachtung

Eurofound verwendet verschiedene Instrumente, um ihre Leistung im Hinblick auf das Erreichen der erwarteten Ergebnisse zu beobachten, zu analysieren und darüber zu berichten.⁶

Anhand zentraler Leistungsindikatoren (KPI) wird die Leistung von Eurofound in den Bereichen gemessen, die besonders wichtig für die Verwirklichung des strategischen Ziels der Organisation sind. Diese KPI werden durch Parameter über Inputs, Outputs (Leistungen) und Ergebnisse ergänzt. Die Analyse der Leistungsdaten unterstützt die Leitung bei der effizienten und wirksamen Umsetzung des Tätigkeitsprogramms.

Regelmäßige Rückmeldungen und Evaluierungen der Interessenträger, einschließlich der von der Europäischen Kommission durchgeführten externen Evaluierungen, vertiefen das Verständnis dafür, inwieweit die Qualität und Relevanz der Arbeit und des Fachwissens von Eurofound von ihren Interessenträgern genutzt und gewürdigt werden (siehe auch Anhang IX „Evaluierungen“).

⁶ Gemäß einer Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen (2015) werden die ausgewählten zentralen Leistungsindikatoren und die Beobachtungsinstrumente auch für die Leistungsbeurteilung des Exekutivdirektors herangezogen.

Zentrale Leistungsindikatoren

Ergebnisindikatoren

Politische Relevanz (und Aktualität) der Beiträge zur Politikgestaltung und zur politischen Debatte gemessen an:

- der Nutzung des Fachwissens von Eurofound in Grundsatzdokumenten auf europäischer Ebene;
- dem Austausch von Eurofound mit ihren Interessenträgern in Sitzungen und Veranstaltungen;
- der Nutzung des Wissens von Eurofound durch die Medien;
- der Nutzung des Wissens von Eurofound über die Website und andere Plattformen der Agentur sowie Auseinandersetzung mit dem Wissen von Eurofound.

Verlässlichkeit und Unabhängigkeit des bereitgestellten Wissens:

- Anerkennung der wissenschaftlichen Qualität der Forschungsarbeiten von Eurofound.

Input- und Output-Indikatoren

Wirksamer und effizienter Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen gemessen an:

- dem Haushaltsvollzug;
- der effizienten Nutzung der im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen;
- der Programmumsetzung.

Die meisten dieser zentralen Leistungsindikatoren werden auch für die einzelnen Tätigkeiten herangezogen (siehe Erläuterungen hierzu in Anhang IX „Evaluierungen“).

2. Operative Tätigkeiten

2.1 Tätigkeit 1: Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Im Programmplanungszeitraum 2021-2024 wird die Agentur weiterhin die Entwicklungen im Bereich der Arbeitsbedingungen beobachten. Die Veränderungen im Zeitverlauf und die erzielten Fortschritte in den verschiedenen Dimensionen der Arbeitsplatzqualität werden nach Möglichkeit bewertet und die Erkenntnisse für die einzelnen Länder und Gruppen von Arbeitnehmern verglichen. Dazu gehört auch eine Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität, insbesondere in Bezug auf Änderungen der Arbeitsorganisation wie Telearbeit, Schichtarbeit und angepasste Arbeitsplätze. Besondere Schwerpunkte werden atypische Beschäftigungsformen und Selbstständige sein. Eurofound wird zudem, aufbauend auf dem von ihr entwickelten Konzept der nachhaltigen Arbeit, anhand von Fakten belegen, welche Faktoren gegeben sein müssen, damit mehr Arbeitnehmer länger erwerbstätig sind, welche Bedingungen verbessert werden müssen und wie dies erreicht werden kann.

Zu Beginn des Programmplanungszeitraums erhob Eurofound im Rahmen der Europäischen Erhebung über die Arbeitsbedingungen (EWCS) neue Daten. Infolge der COVID-19-Krise wurden

diese Daten in computergestützten Telefonbefragungen (CATI) zusammengetragen. Trotz dieser Umstellung gegenüber den vorangegangenen Erhebungswellen, bei denen persönliche Befragungen durchgeführt wurden, wird Eurofound in der Lage sein, Vergleichsdaten über die Arbeitsplatzqualität der Arbeitnehmer in Europa im Jahr 2021 vorzulegen, wobei der bestehende Rahmen mit sieben Dimensionen der Arbeitsplatzqualität herangezogen wird.⁷ Die Möglichkeiten zur Analyse von Trends im Zeitverlauf werden angesichts der Änderung des Modus für die Durchführung der Erhebung begrenzt sein; dennoch werden sie geprüft.

Zudem werden Sekundäranalysen des Datensatzes 2021 durchgeführt. Für weitere Analysen der Arbeitsbedingungen können Daten der Europäischen Unternehmenserhebung (ECS) 2019 genutzt werden; eine neue Erhebungswelle könnte in der Zukunft vorgesehen werden, wenn eine entsprechende Zusammenarbeit mit anderen Agenturen und Organisationen vereinbart werden kann.

Bei der Analyse der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplatzqualität werden die längerfristigen strukturellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie besonders beleuchtet. Unter anderem wird untersucht, ob bestimmte Formen der Arbeitsorganisation oder Arbeitsregelungen, die im Laufe des Jahres 2020 verstärkt zum Einsatz kamen, wie Telearbeit, Anpassung von Arbeitsplätzen, Schichtarbeit und Versetzungen, aber auch die Berücksichtigung von Gesundheits- und Sicherheitsstandards am Arbeitsplatz, vorübergehende Erscheinungen waren, die auf die Zeit der Ausgangsbeschränkungen beschränkt waren, oder ob diese „natürlichen Experimente“ zu den strukturellen Veränderungen geführt haben, die das Wohlbefinden der Arbeitnehmer nachhaltig beeinflusst haben. Die Zusammenarbeit mit der EU-OSHA im Bereich Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit wird fortgesetzt.

Bei der Untersuchung selbstständiger Beschäftigung wird der Schwerpunkt auf die Arbeitsplatzqualität gelegt, es werden aber auch Fragen wie etwa der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Eigenständigkeit, der Vertretung und des Sozialschutzes beleuchtet. Atypische Beschäftigungsformen werden in Bereichen berücksichtigt, in denen sie verstärkt zum Einsatz kommen oder politische Fragen aufwerfen. Sie werden auch in Tätigkeit 5 (frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels) behandelt, soweit es sich um neue Beschäftigungsformen handelt, die mit den ermittelten Ursachen des Wandels zusammenhängen und erhebliche Auswirkungen auf die Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen und den Sozialschutz haben können. Es wird die Frage untersucht, ob die Arbeitsmarktinstitutionen den vorgesehenen Zweck erfüllen und Beschäftigung auf einem flexiblen Arbeitsmarkt gewährleisten, der gute Arbeitsbedingungen und Schutz garantiert.

Das Bestreben, die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität zu verbessern, steht zudem mit der Anforderung im Zusammenhang, den Auswirkungen des demografischen Wandels zu begegnen. Aufgrund des demografischen Wandels, im Sinne niedriger Geburtenraten und einer höheren Lebenserwartung, kann es erforderlich werden, mehr Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren und sie länger im Erwerbsleben zu halten. Auf der Grundlage früherer Forschungsarbeiten zu den Faktoren, die eine nachhaltigere Arbeit begünstigen, könnte Eurofound die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern, Unternehmenspraktiken sowie

⁷ Die sieben Dimensionen der Arbeitsplatzqualität sind physische Umwelt, Arbeitsintensität, Arbeitszeitqualität, soziales Umfeld, Qualifikation und Entscheidungsfreiheit, Aussichten sowie Verdienst.

Konzepte außerhalb des Arbeitsplatzes untersuchen, die sich als wirksam erwiesen haben, um die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zu erhöhen und/oder das Erwerbsleben zu verlängern.

Vor dem Hintergrund des längerfristig angelegten Ansatzes für die Erhebungen von Eurofound wurde eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Szenarien zur Zukunftsfähigkeit der Erhebungen von Eurofound ausgearbeitet und in einer Lenkungsgruppe erörtert. Auf der Grundlage der Studie und der Erörterung wurde beschlossen, dass Eurofound 2024 die EWCS durchführen und dabei einige Fragen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen aufnehmen wird, die in Bezug auf die Folgen der COVID-19-Pandemie relevant sind. Die Teilnehmer dieser Erhebung werden persönlich ausgewählt. Die Mehrheit dieser Teilnehmer wird auch persönlich befragt, damit sichergestellt ist, dass die Ergebnisse der Erhebung mit früheren Erhebungswellen der EWCS verglichen werden können. Um die Umstellung der Erhebungen von Eurofound auf Online-Datenverwaltung vorzubereiten, ist geplant, eine kleinere zufällig ausgewählte Teilstichprobe von Teilnehmern zu ziehen, um die Befragung online durchzuführen. Dadurch wird bei einer Reihe ausgewählter Fragen aus der EWCS ein Vergleich der Antworten zwischen den beiden unterschiedlichen Verwaltungsmodi ermöglicht. Außerdem können die Auswirkungen des Übergangs zu einem internetbasierten Ansatz („Push-to-Web“) auf die Erhebungseffizienz und die Datenqualität geprüft werden. Bei dieser Erhebung 2024 werden die Teilnehmer gefragt, ob sie bereit sind, eine Reihe von Online-Folgefragebogen zu beantworten. Diese Folgefragebogen werden Fragen aus der EWCS enthalten, die im ursprünglichen Fragebogen nicht gestellt wurden; auf diese Weise wird die Auswahl der Variablen erweitert, anhand derer Trendbrüche erfasst werden können. Dieses Element ermöglicht es auch, die Wirksamkeit der Anwerbung von Erhebungsteilnehmern für Folgefragebogen, die Auswirkungen der anfänglichen Ablehnung der Beantwortung dieser Folgefragebogen sowie die Folgen der späteren Fluktuation der Teilnehmergruppe für die Zusammensetzung der Stichprobe zu prüfen.

Weitere Analysen der Arbeitsbedingungen werden im Rahmen der beiden Querschnittstätigkeiten erfolgen, die die Auswirkungen des Wandels (Tätigkeit 5) sowie den sozialen Zusammenhalt und die Konvergenz (Tätigkeit 6) zum Gegenstand haben.

Ziele

Mit dieser Tätigkeit soll der Herausforderung begegnet werden, die Arbeitsplatzqualität zu verbessern und die Arbeit über das gesamte Leben hinweg nachhaltig zu gestalten, indem den politischen Entscheidungsträgern Fakten und Zahlen zu den Arbeitsbedingungen und Daten zu den Entwicklungen im Bereich der Arbeitsplatzqualität zur Verfügung gestellt werden. Letzteres wird darauf ausgerichtet sein, dringliche Probleme und spezifische Risikogruppen zu ermitteln und zu analysieren, auch im Lichte der Auswirkungen der COVID-19-Krise. Durch die Bereitstellung von Wissen über politische Maßnahmen, die mit Erfolg zur Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Arbeit beigetragen haben, wird Eurofound die Maßnahmen der Politik unterstützen.

Erwartete Ergebnisse

Bis zum Ende des Programmplanungszeitraums wird Eurofound einschlägige Belege vorgelegt haben, die nachweislich für ein breites Spektrum verabschiedeter und geplanter Rechtsinstrumente relevant sind, beispielsweise in Bezug auf Arbeitszeit, Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung. Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit den Auswirkungen von COVID-19 auf die

Arbeitsbedingungen können in neue Debatten einfließen, beispielsweise über Regelungen der Telearbeit (einschließlich des Rechts auf Nichterreichbarkeit), Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit, Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsorganisation sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsoptionen. Die Zusammenarbeit mit der EU-OSHA im Bereich Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit wird fortgesetzt.

Datenpunkte zu den Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU im Jahr 2021 und die Analyse ihrer Arbeitsplatzqualität werden es den zuständigen politischen Entscheidungsträgern und/oder Bewertern ermöglichen, im Anschluss an die COVID-19-Krise eine Momentaufnahme der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsplatzqualität zu erstellen, vor deren Hintergrund die Auswirkungen regulatorischer und „weicher“ Initiativen, einschließlich jener, die im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte eingeführt wurden (z. B. die Richtlinie über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben von berufstätigen Eltern und pflegenden Angehörigen und die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen), bewertet und Lücken ermittelt werden können.

Für viele Indikatoren für die Arbeitsplatzqualität werden Daten zu Trends im Zeitverlauf verfügbar sein, obwohl die Vergleichbarkeit der im Jahr 2021 erhobenen Daten aufgrund der Änderung des Modus der Datenerhebung begrenzt sein wird. Dennoch werden diese Fakten weitere Fortschritte zur Verwirklichung des Ziels ermöglichen, einen Zuwachs bei der Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze zu unterstützen, der entsprechend den Darlegungen der Präsidentin der Kommission gemessen werden kann. In Anbetracht der besonderen Betonung der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und der politischen Leitlinien der Kommission wird es von Bedeutung sein, geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Arbeitsplatzqualität zu analysieren, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen der COVID-19-Krise und die Durchführung der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025.

Durch die Bereitstellung von Fakten über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsplatzqualität von Arbeitnehmern in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wird Eurofound das Ziel der europäischen Säule sozialer Rechte unterstützen, das darin besteht, Beschäftigungsverhältnisse zu verhindern, die zu prekären Arbeitsbedingungen führen. Insbesondere wird die Agentur unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten dazu beitragen, verschiedene Formen der Selbstständigkeit zu ermitteln, einschließlich solcher, deren Merkmale auf eine Form der Scheinselbstständigkeit hindeuten könnten. Die vorgelegten Daten zur Situation der Selbstständigen werden zur Festlegung eines Ausgangswerts für die Überwachung und Bewertung der Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige beitragen.

Durch die Bereitstellung von Wissen über erfolgreiche politische Maßnahmen wird Eurofound das gegenseitige Lernen und Peer-Review-Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen. So werden beispielsweise, wie die höheren Beschäftigungsquoten älterer Arbeitnehmer gezeigt haben, Kenntnisse über die institutionellen Rahmen und die politischen Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigeren Arbeit in das Europäische Semester und in die Ausarbeitung länderspezifischer Empfehlungen einfließen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 1 – Arbeitsbedingungen und nachhaltige Arbeit

Überblick

Im Jahr 2023 wird der Schwerpunkt der Arbeit in diesem Bereich auf der weiteren Analyse des Datensatzes der Europäischen telefonischen Erhebung über die Arbeitsbedingungen (EWCTS) liegen. Der Datensatz liefert eine Momentaufnahme der Arbeitsbedingungen in einer Arbeitswelt, die von den Erfahrungen einer schweren weltweiten Gesundheitskrise und ihrer wirtschaftlichen Folgen geprägt ist. In dem im Jahr 2022 veröffentlichten Übersichtsbericht werden die vielfältigen Dimensionen der Arbeitsplatzqualität untersucht; ferner wird die Situation in den Mitgliedstaaten in Bezug auf verschiedene Wirtschaftszweige, Berufe und Altersgruppen sowie Geschlechter verglichen. Ergänzt wird dies durch eine eingehendere Analyse der Situation bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern und von politisch äußerst relevanten Fragen im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen.

Im Jahr 2023 wird die Analyse der Arbeitsbedingungen der verschiedenen Arten von Selbstständigen abgeschlossen sein. Während die Datenanalyse 2022 weitgehend abgeschlossen wird, wird Eurofound im Jahr 2023 eine Bestandsaufnahme der politischen Maßnahmen der einzelnen Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen, die mit bestimmten Formen der Selbstständigkeit verbunden sind, vornehmen. Die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Analyse werden im Jahr 2024 in einem Bericht veröffentlicht.

Drei weitere Projekte, die 2022 angelaufen sind, werden im Arbeitsprogramm 2023 abgeschlossen: die Untersuchung der psychosozialen Risiken und der damit verbundenen Arbeitsbedingungen (in Zusammenarbeit mit der EU-OSHA), das Recht auf Nichterreichbarkeit – Verfahrensweisen in den Unternehmen und die Untersuchung des Arbeitslebens der systemrelevanten Beschäftigten in der EU.

Die EWCTS wird die wichtigste Datenquelle für die Untersuchung der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen älterer Arbeitnehmer in einem neuen Projekt sein. Ziel ist es, herauszufinden, welche Wirtschaftszweige (und Berufe) vor größeren Herausforderungen stehen, wenn es darum geht, ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt anzuwerben, zu halten und weiterzubilden, außerdem soll die Rolle der Arbeitsbedingungen bewertet werden. Es wird eine Zusammenarbeit mit dem Cedefop angestrebt, um dessen Arbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung älterer Arbeitskräfte zu nutzen. Gesellschaftliche Entwicklungen wie die Digitalisierung und der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, Veränderungen in der Arbeitsorganisation sowie die Rolle atypischer Arbeitsformen werden berücksichtigt, um einen Einblick in das Zusammenspiel zwischen Arbeitsbedingungen und der Arbeitsmarktteilnahme älterer Arbeitnehmer zu geben. Das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten wird genutzt, um Informationen über Tarifverträge und nationale Programme zu aktualisieren, bei denen es um die Eingliederung und den Verbleib älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt geht, einschließlich der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer, und um Informationen auf nationaler Ebene über die Auswirkungen von Personalverfahren auf Unternehmensebene zur Erreichung dieses Ziels zu erfassen. Politische Maßnahmen außerhalb des Arbeitsplatzes, die sich als wirksam erwiesen haben, um die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zu erhöhen und/oder ihr Arbeitsleben zu verlängern, könnten in einer zweiten Phase im Jahr 2024 durch Expertenbefragungen untersucht werden.

Bis 2023 werden sich einige durch die Pandemie bedingte Veränderungen am Arbeitsplatz mittel- und langfristig als nachhaltig erweisen. Der „hybride Arbeitsplatz“ – bei dem einige Arbeitnehmer die Arbeit in den Räumlichkeiten des Arbeitgebers mit der Arbeit von zuhause (oder anderen Orten) kombinieren, während andere ausschließlich von zuhause oder vor Ort arbeiten – wird wahrscheinlich immer mehr an Bedeutung gewinnen. Eurofound wird in einem neuen Projekt untersuchen, wie Unternehmen ihre Arbeitsorganisation und -verfahren angepasst haben. Wie werden Teams geführt und wie hat sich die Rolle der Führungsebene in diesen Organisationen verändert? Wie wird die Arbeit überwacht und die Leistung bewertet? In welchem Ausmaß und wie wird der soziale Dialog am Arbeitsplatz bei diesem Übergang genutzt? Im Rahmen des Projekts wird auch untersucht, welche Aufgaben und Rollen sich besser für die hybride Arbeit eignen und ob kreatives und innovatives Denken und das Maß an Engagement davon betroffen sind. Es werden auch Fragen zur Beteiligung der Arbeitnehmer (einschließlich der Mitwirkung an Entscheidungen, die ihre Arbeit betreffen), zur Gerechtigkeit in der Organisation und zur Unterstützung durch die Führungsebene an hybriden Arbeitsplätzen untersucht.

Ein anhaltender Wandel ist auch im Bereich der Arbeitszeit und ihrer zunehmend flexiblen Gestaltung zu beobachten, der durch die Digitalisierung und die Bemühungen um eine klimaneutrale Wirtschaft vorangetrieben wird und vielfach durch die Entwicklungen während der Pandemie verstärkt wurde. Im Rahmen der im Jahr 2023 beginnenden Forschungsarbeiten werden die sich verändernden Arbeitszeitmuster und die Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeitnehmer untersucht. Wie verteilen sich die Arbeitszeitmuster in der Erwerbsbevölkerung? Verteilen Männer und Frauen ihre Arbeitszeit in verschiedenen Lebensabschnitten unterschiedlich? Außerdem wird der Frage nachgegangen, ob die Arbeitszeit aufgrund der oben erwähnten Triebkräfte des Wandels anders gestaltet und gemessen wird, und die Überwachung und Kontrolle der Arbeitszeit werden analysiert. Es wird ferner untersucht, wie die Führungsebene und die Arbeitnehmer mit den Veränderungen der Arbeitszeitmuster umgegangen sind. Im Jahr 2023 werden die wichtigsten Forschungsinstrumente entwickelt, beginnend mit einem Expertentreffen zur Feinabstimmung der Forschungsfragen und -prioritäten und der Art und Weise, wie diese durch die statistische Analyse von Datenquellen (EU-AKE, EWCTS) und das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten untersucht werden können.

Der aus der EWCTS abgeleitete Datensatz ist eine einzigartige Informationsquelle. Es liegt im Interesse von Eurofound, dafür Sorge zu tragen, dass einschlägige Forschungsfragen und -hypothesen zu Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzqualität, mit besonderem Augenmerk auf den längerfristigen Auswirkungen von COVID-19, anhand des Datensatzes untersucht werden. Die Agentur wird sich um eine Zusammenarbeit mit den Nutzern des Datensatzes bemühen, z. B. mit Wissenschaftlern und einschlägigen europäischen und nationalen Agenturen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und eine koordinierte Weiterverwendung der Daten zu fördern. Dies könnte auch eine agenturinterne Analyse von Themen einschließen, die nicht von der geplanten Sekundäranalyse abgedeckt werden. Da der Stichprobenumfang für die einzelnen Mitgliedstaaten größer ist als bei früheren EWCS-Erhebungen mit persönlichen Befragungen, wird es wichtig sein, Sachverständige auf nationaler Ebene einzubeziehen, um die Möglichkeiten für die Analyse der für jeden Mitgliedstaat erhobenen Daten zu Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzqualität auszuloten.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Arbeitsleben systemrelevanter Arbeitnehmer in der EU (Fortsetzung)	Kurzbericht	2023
Der hybride Arbeitsplatz in einer Zeit nach COVID-19 (neu)	Kurzbericht Arbeitsunterlage	2024
Arbeitszeit in der Zeit nach der Pandemie (neu)	Bericht	2025
Nutzung der Daten aus der EWCTS durch die Beteiligung externer Forscher (neu)	Blogs mit Links zu akademischen Artikeln	2024
Analyse der Arbeitsplatzqualität in Bezug auf ältere Arbeitnehmer und der Verfahrensweisen in den Unternehmen, die den Verbleib älterer Arbeitnehmer im Erwerbsleben begünstigen (war 2022 verschoben worden)	Bericht	2025
Analyse der Selbstständigkeit auf der Grundlage von EWCS-Daten und von politischen Strategien für den Umgang mit den Herausforderungen für bestimmte Formen der Selbstständigkeit, einschließlich einer Prüfung bestehender Evaluierungen dieser Strategien (Fortsetzung)	Bericht Arbeitsunterlage	2024
Das Recht auf Nichterreichbarkeit – Verfahrensweisen in den Unternehmen (Fortsetzung)	Bericht	2023
Psychosoziale Risiken – neueste Entwicklungen (Fortsetzung)	Bericht Arbeitsunterlage	2023
Ressourcen 292 000 EUR und 6,2 VZÄ		

2.2 Tätigkeit 2: Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Eurofound wird den Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern weiterhin unterstützen und die Entwicklungen der Systeme der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs analysieren. Diese vergleichende Analyse von Politik, institutionellem Rahmen und Praxis wird auch in die Forschungsarbeiten zu den beiden Tätigkeiten 5 und 6 einfließen. Die vorliegende Tätigkeit wird auf dem anerkannten Fachwissen von Eurofound auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen aufbauen und sich auf die Kenntnisse des Netzwerks der Eurofound-Korrespondenten auf nationaler Ebene stützen.

Ein erster Arbeitsbereich befasst sich mit den Akteuren und Prozessen der Arbeitsbeziehungen und dem Rahmen, der für die Regelung des Beschäftigungsverhältnisses (durch gesetzliche Bestimmungen und Tarifverträge) maßgeblich ist. In diesem Zusammenhang werden vergleichende

Informationen über die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen einschließlich des nationalen sozialen Dialogs und der Prozesse und Ergebnisse im Rahmen von Tarifverhandlungen bereitgestellt.

Der Rahmen für die wichtigsten Dimensionen der Arbeitsbeziehungen und die von Eurofound erstellte Übersichtstabelle mit Indikatoren werden im Laufe des Programmplanungszeitraums aktualisiert. Das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten wird die Entwicklungen der nationalen Arbeitsbeziehungen regelmäßig und zeitnah aktualisieren. Hierzu gehört auch die Aktualisierung der Datenbank „EU-PolicyWatch“, in der politische Initiativen von Regierungen, Sozialpartnern und anderen Akteuren zusammengetragen werden. Neben den Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine werden Maßnahmen zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung ein wichtiger Schwerpunkt bleiben.

Die Berichterstattung wird sich auch auf die Funktionsweise des trilateralen sozialen Dialogs und die Einbindung der Sozialpartner in die Politikgestaltung auf nationaler Ebene, insbesondere die Aufbau- und Resilienzpläne, erstrecken. Daten zur Festsetzung von Löhnen und Gehältern, auch von Mindestlöhnen, sowie zur Festlegung der Arbeitszeit werden regelmäßig gemeldet, und es werden auch Ergebnisse zur Entwicklung im Bereich der Arbeitszeit veröffentlicht.⁸ Alle zwei Jahre werden die Länderprofile zum Arbeitsleben aktualisiert, die unter anderem strukturelle Informationen über die Systeme der Arbeitsbeziehungen und andere Dimensionen des Arbeitslebens umfassen. In einem abschließenden Übersichtsbericht wurden die Daten und Erkenntnisse über Arbeitskonflikte vorgestellt, die bei der Machbarkeitsstudie und dem Pilotprojekt zu einem Beobachtungsinstrument für Arbeitskämpfmaßnahmen im vorangegangenen Programmplanungszeitraum gewonnen wurden.

Im Rahmen eines zweiten Arbeitsbereichs wird der soziale Dialog unterstützt. Auf EU-Ebene wird Eurofound die Entwicklung des sozialen Dialogs weiterhin durch ihre Studien zur Repräsentativität von Organisationen der Sozialpartner unterstützen. Die Studien bilden die empirische Grundlage, anhand derer die Kommission Entscheidungen über die Beteiligung der europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen an Ausschüssen für den sozialen Dialog fassen, Anhörungen gemäß Artikel 154 AEUV durchführen und im Vorfeld von Ratsbeschlüssen nach Artikel 155 AEUV die Repräsentativität dieser Organisationen im Rahmen ihres Dialogs bewerten kann. Aufbauend auf früheren Arbeiten kann Eurofound ihr Fachwissen bereitstellen, um Maßnahmen zum Aufbau von Kapazitäten für einen wirksamen sozialen Dialog, für den Ausschuss für den sozialen Dialog der EU und für die Debatten der Sozialpartner auf EU-Ebene im Rahmen ihres Arbeitsprogramms zu unterstützen. Auf der Grundlage der Empfehlungen des Eurofound-Berichts mit dem Titel „Capacity-building for effective social dialogue“ (Aufbau von Kapazitäten für einen wirksamen sozialen Dialog) (2020) wird die Agentur gemeinsam mit den Sozialpartnern die Entwicklung weiterer Tätigkeiten in diesem Bereich prüfen und Möglichkeiten für organisatorische Unterstützung ausloten.

Im Rahmen der Tätigkeit 5 (frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels) wird die Rolle des sozialen Dialogs vor dem Hintergrund von Umstrukturierung, Klimawandel und Digitalisierung berücksichtigt. Insbesondere auf Unternehmensebene kommt den Sozialpartnern bei der frühzeitigen Erkennung und dem Umgang mit den Auswirkungen des Wandels eine Schlüsselrolle zu, z. B. bei der Anpassung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsinhalte sowie bei größeren

⁸ Weitere Analysen der Lohn- und Arbeitszeitentwicklungen werden im Rahmen von Tätigkeit 6 „Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz“ durchgeführt.

Umstrukturierungen. Dementsprechend wird im Rahmen der Tätigkeit 6 (Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz) die Rolle des sozialen Dialogs als Beitrag zu Ergebnissen für die Gesellschaft berücksichtigt.

Ziele

Die Ziele von Eurofound in diesem Bereich sind die Unterstützung der EU-Organe, der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner bei der Förderung des sozialen Dialogs sowie die Überwachung und Analyse der Entwicklungen der Systeme der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs auf nationaler und europäischer Ebene. Eurofound wird regelmäßige, aktuelle und maßgebliche vergleichende Informationen über die wichtigsten Entwicklungen, die die Akteure, die Prozesse und die wesentlichen Ergebnisse der Arbeitsbeziehungen betreffen, sowie Daten und Fachwissen zur Förderung des sozialen Dialogs bereitstellen.

Erwartete Ergebnisse

Durch die Bereitstellung zuverlässiger und aktueller Informationen über Trends und Entwicklungen der nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen und über die Ergebnisse zum Arbeitsleben (einschließlich eines Berichts über Arbeitskonflikte und Arbeitsk Kampfmaßnahmen) wird Eurofound die Einrichtungen der EU, die nationalen Behörden und die Sozialpartner auf verschiedenen Ebenen bei der Politikgestaltung, dem sozialen Dialog, bei Tarifverhandlungen und bei der Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse unterstützen. Bei ihren Vorleistungen wird Eurofound den Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit widmen, die als Reaktion auf die COVID-19-Krise, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, die Aufbau- und Resilienzfähigkeit und den doppelten Übergang ergriffen wurden.

Die Agentur wird die Entwicklungen analysieren, um Möglichkeiten zur Stärkung der Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene zu ermitteln und die Sozialpartner und die EU-Organe verstärkt bei der Förderung des sozialen Dialogs zu unterstützen, wobei dem gemeinsamen Arbeitsprogramm Rechnung getragen wird.

Die Erkenntnisse von Eurofound werden insbesondere zum Funktionieren des europäischen sozialen Dialogs beitragen, indem sie beispielsweise bei Anhörungen und Verhandlungen die Entscheidungen über die Repräsentativität, die Arbeitsweise der Ausschüsse und die Umsetzung von Grundsatz 8 der europäischen Säule sozialer Rechte („Sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten“) erleichtern. Die Erkenntnisse werden zudem den Gesetzgebungsprozess und die politische Koordinierung im Rahmen des Europäischen Semesters befördern und somit entsprechend den Anforderungen der politischen Entscheidungsträger und Akteure der Arbeitsbeziehungen einen wertvollen Beitrag zu politisch relevanten Themen leisten.

Die spezifischen Ergebnisse sollen zur Debatte über Mindestlöhne (im Zusammenhang mit der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne), zu Initiativen zur Förderung gerechter, angemessener und transparenter Löhne (im Einklang mit dem Grundsatz 6 der europäischen Säule sozialer Rechte und der Priorität der Beseitigung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede) und zur Überwachung der Arbeitszeitrichtlinie beitragen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 2 – Arbeitsbeziehungen und sozialer Dialog

Überblick

Auch im Jahr 2023 wird Eurofound Erkenntnisse zur Förderung des sozialen Dialogs liefern und über Trends und Entwicklungen in den nationalen Systemen der Arbeitsbeziehungen berichten. Hierbei wird weitgehend auf die Arbeiten des Netzwerks der Eurofound-Korrespondenten zurückgegriffen.

Eurofound wird den europäischen sozialen Dialog mit einer Reihe von Studien zur Repräsentativität von sozialpartnerschaftlichen Organisationen in bestimmten Wirtschaftszweigen unterstützen. In Wirtschaftszweigen, die im Benehmen mit der Europäischen Kommission ausgewählt werden, werden sechs Studien veröffentlicht. Darüber hinaus werden die Vorbereitungen für weitere Studien beginnen. Die Studien liefern die empirische Grundlage, anhand derer die Kommission Entscheidungen über die Anhörung der europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gemäß Artikel 154 AEUV treffen und die Repräsentativität dieser Organisationen im Rahmen ihres Dialogs im Vorfeld von Ratsbeschlüssen nach Artikel 155 AEUV bewerten kann. Eurofound wird weiterhin zur Verfügung stehen, um einen Beitrag zu Initiativen zum Kapazitätsaufbau für den sozialen Dialog zu leisten. Es wurden Finanzmittel bereitgestellt, um eine Maßnahme von Eurofound zur Unterstützung solcher Initiativen der Interessenträger zu finanzieren.

Eurofound wird weiterhin den nationalen (trilateralen oder institutionellen) sozialen Dialog und die Beteiligung der Sozialpartner an der Politikgestaltung beobachten und sich dabei auf das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten stützen. Gegebenenfalls werden Informationen von den Organen des trilateralen Dialogs eingeholt. Im Mittelpunkt der Berichtsreihe werden nach wie vor der soziale Dialog und die Beteiligung der Sozialpartner in die politischen Prozesse stehen, wodurch die europäische und die nationale politische Agenda miteinander verknüpft werden. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf den beschäftigungspolitischen Leitlinien, dem Europäischen Semester und den Aufbau- und Resilienzplänen. Die Ergebnisse zum sozialen Dialog und zur Beteiligung der Sozialpartner in die Aufbau- und Resilienzpolitik im Rahmen des Aktionsplans zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte werden im Jahr 2023 veröffentlicht. Außerdem wird ein neuer Arbeitszyklus zur Abbildung der trilateralen Erörterungen, des sozialen Dialogs und der Beteiligung der Sozialpartner an der nationalen Politikgestaltung im Zusammenhang mit dem Aufbau- und Resilienzpaket der EU beginnen. Im Jahr 2023 wird ein besonderer Schwerpunkt auf politischen Initiativen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzpakets der EU, mit denen der Klimawandel angegangen wird, liegen. Einschlägige politische Initiativen, einschließlich derer, die ergriffen wurden, um die Folgen des Krieges in der Ukraine abzumildern, werden weiterhin in der Eurofound-Datenbank „EU-PolicyWatch“ der politischen Initiativen erfasst. Ziel der Aktualisierung der Datenbank ist es, ein breites Spektrum von Initiativen zur Unterstützung der Forschung in allen Bereichen von Eurofound zu erfassen, wobei die Beteiligung der Sozialpartner im Vordergrund stehen wird.

Die Systeme der Arbeitsbeziehungen werden weiterhin regelmäßig überwacht. Das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten wird nationale Berichte auf der Grundlage einer gemeinsamen Vorlage erstellen, und es werden auch thematische Artikel auf der Grundlage dieser Berichte veröffentlicht. Aktualisierte Länderprofile zum Arbeitsleben sollen veröffentlicht und Vorbereitungen getroffen werden, um die Datenbank zu Löhnen, Arbeitszeiten und Tarifkonflikten zu aktualisieren.

Die Daten des aktualisierten Indikatorenkatalogs, der die wichtigsten Dimensionen der Arbeitsbeziehungen veranschaulicht, werden analysiert und die Ergebnisse zur Verfügung gestellt.

Es werden vergleichende Informationen über die Entwicklung der Mindestlöhne im Rahmen der europäischen politischen Debatte (Anhebung der Sätze und Änderungen der Systeme zu ihrer Festsetzung) und über die Entwicklung der Arbeitszeit in den Jahren 2021-2022 veröffentlicht. Für die vergleichende Berichterstattung vor dem Hintergrund der politischen Debatte werden spezielle Themen ausgewählt; gegebenenfalls werden die Ergebnisse der Beobachtung dieser Entwicklungen im Rahmen anderer Tätigkeiten analysiert.

Tarifverhandlungen stehen weiterhin im Mittelpunkt der Systeme der Arbeitsbeziehungen. Die Ergebnisse der im Jahr 2022 begonnenen Arbeiten zu den Entwicklungen in ausgewählten Sektoren werden bereitgestellt, und es werden neue Arbeiten durchgeführt. Die Erforschung der Rolle von Tarifverhandlungen über das Thema Lohn hinaus (z. B. Arbeitszeit, Telearbeit, Weiterbildung, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben) und ihres Beitrags zur Anpassung von Wirtschaftszweigen und Arbeitsplätzen an wichtige wirtschaftliche, soziale und ökologische Übergänge wird durch die Kodierung von Tarifverträgen in der für das Pilotprojekt zum Mindestlohn entwickelten Datenbank unterstützt. Die Durchführbarkeit und der Umfang des Projekts werden neu bewertet, sobald die Tarifverträge im Rahmen des Pilotprojekts zum Mindestlohn gesammelt worden sind. Des Weiteren werden Forschungsarbeiten zu Tarifverhandlungen für Geringverdienende und zu den Auswirkungen von Änderungen bei (gesetzlichen oder auf sonstige Weise verankerten) Mindestlöhnen auf deren Funktionsweise eingeleitet, während die Arbeiten zu den Entwicklungen der Tarifverhandlungen nach der Gesundheits-, Gesellschafts- und Wirtschaftskrise abgeschlossen werden.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Studien zur Repräsentativität (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Sechs Studien im Rahmen eines fortlaufenden Programms 	2023
Nationale Berichterstattung über Arbeitsbeziehungen, sozialen Dialog und das Arbeitsleben (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Nationale Berichte Themenbezogene Artikel 	2023
Überwachung der politischen Entwicklungen und der Beteiligung der Sozialpartner – Datenbank „EU-PolicyWatch“ (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Aktualisierte Datenbank Themenbezogene Artikel 	2023
Trilateraler sozialer Dialog und Politikgestaltung (Fortsetzung/noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Bericht Bericht 	2023 2024
Länderprofile zum Arbeitsleben und Datenbanken über Löhne, Arbeitszeiten und Tarifkonflikte (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Aktualisierte Profile zum Arbeitsleben Aktualisierte Datenbank 	2023 2024
Mindestlöhne – jährliche Überprüfung (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Bericht 	2023
Aktualisierungen (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Berichte und Artikel 	2023 2024
Entwicklungen der Arbeitszeit (2021-2022) (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> Bericht 	2023
Kapazitätsaufbau für einen wirksamen sozialen Dialog	<ul style="list-style-type: none"> Belege 	2023

Entwicklungen der Tarifverhandlungen nach der Gesundheits-, Gesellschafts- und Wirtschaftskrise (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2023
Messung der zentralen Dimensionen der Arbeitsbeziehungen (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • Aktualisierung der Datenbank 	2023
Tarifverhandlungen über den Lohn hinaus (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Datensatz • Bericht 	2024
Das Zusammenspiel von Mindestlöhnen und Tarifverhandlungen für Gruppen von Geringverdienenden (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2025
Ressourcen 1 322 000 EUR und 7,9 VZÄ		

2.3 Tätigkeit 3: Beschäftigung und Arbeitsmärkte

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Nach einer allgemeinen Verbesserung der Beschäftigungslage im Anschluss an die Große Rezession sahen sich die europäischen Arbeitsmärkte bei Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 erneut erheblichen Problemen gegenüber. Die Prognosen, dass die Arbeitslosigkeit in einigen Ländern, Regionen, Wirtschaftszweigen und Berufen sehr viel höher sein würde – wobei die prekärsten und schutzbedürftigsten Arbeitskräfte am stärksten und in einigen Fällen am längsten betroffen sein dürften – wurden durch die soliden politischen Reaktionen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene abgeschwächt. Anfang 2022 löste der Krieg in der Ukraine jedoch eine humanitäre, wirtschaftliche und energiepolitische Krise aus, die sich voraussichtlich weiter auf die Arbeitsmärkte Europas auswirken wird. Eurofound wird ihre Aufgabe erfüllen und Wissen bereitstellen, das als Grundlage für die Gestaltung einer Politik dienen kann, die dazu beiträgt, die Folgen sowohl der Pandemie als auch des Krieges in der Ukraine für Arbeit und Beschäftigung abzufedern und die Funktionsweise und den integrativen Charakter des Arbeitsmarkts vor dem Hintergrund des doppelten ökologischen und digitalen Übergangs sicherzustellen. Eurofound wird Daten sammeln, Tendenzen im Beschäftigungsbereich und Entwicklungen des Arbeitsmarktes analysieren und die Kommission und die anderen EU-Organe, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner bei der Planung beschäftigungspolitischer Maßnahmen unterstützen. Dazu wird Eurofound weiterhin ihre Rolle bei der Beobachtung von Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt, der Beobachtung der Auswirkungen dieser Tendenzen auf verschiedene Gruppen und der Lehren wahrnehmen, die daraus für politische Entscheidungsträger gezogen werden können.

Ein erster Teilbereich der Forschungsarbeiten im Rahmen dieser Tätigkeit wird schwerpunktmäßig auf die veränderte Struktur des Arbeitsmarktes und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des Krieges in der Ukraine ausgerichtet sein. Auf der Grundlage laufender Aktualisierungen und Analysen der etablierten Beobachtungsinstrumente von Eurofound – des Europäischen Jobmonitors (EJM) und des Europäischen Beobachtungsinstrumentes für Umstrukturierungen (ERM) – sowie von Eurostat-Daten werden wachsende und schrumpfende Wirtschaftszweige sowie Berufe und Qualifikationen mit steigender oder sinkender Nachfrage ermittelt. Im Rahmen des EJM werden

weiterhin der Auf- und Abbau von Beschäftigung in verschiedenen Berufen und Wirtschaftszweigen erfasst und Verschiebungen in den Tätigkeitsprofilen sowie verschiedene Aspekte der Qualität der Arbeitsplätze, einschließlich der Bildungsabschlüsse, ermittelt. Es werden Arbeitsplätze beleuchtet, in denen eine große Zahl von Arbeitskräften beschäftigt ist oder nach denen die Nachfrage am stärksten zu- oder abnimmt. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission in diesem Bereich wird voraussichtlich fortgesetzt werden. Die Arbeiten zur Umstrukturierung könnten mit der Prüfung von groß angelegten Umstrukturierungen und Gesetzgebungsmaßnahmen mithilfe des ERM fortgeführt werden. Ergänzt werden könnte dies durch eine eingehendere qualitative Forschungsarbeit zu den Unternehmenspraktiken bei Umstrukturierungen (einschließlich der Rolle des sozialen Dialogs). Auch regionale Perspektiven könnten in Betracht gezogen werden, insbesondere mit Blick auf die Drittländer und -regionen in der Nachbarschaft der EU, die eine große Anzahl von Flüchtlingen aus der Ukraine aufnehmen. Die Forschungsarbeiten zur Umstrukturierung werden weiterhin für die Tätigkeiten des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) und des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) genutzt. Die Ergebnisse der beiden Instrumente werden in integrierter Form präsentiert, um einen Überblick über die strukturellen Veränderungen auf den Arbeitsmärkten zu vermitteln.

Die Analyse der Umstrukturierungen würde auch in Tätigkeit 5 (frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels) in Bezug auf bestimmte Arten von Umstrukturierungen (z. B. im Zusammenhang mit dem Klimawandel/dem Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft, der Digitalisierung, der Auslagerung ins Ausland oder der Rückverlagerung) einfließen, die im Rahmen dieser Tätigkeit weiter erforscht werden könnten.

Weitere Forschungsschwerpunkte werden der Arbeitskräftemangel und ungenutzte Potenziale sein. Auf der Grundlage der im Arbeitsprogramm 2017-2020 durchgeführten Forschungsarbeiten werden in erster Linie politische Maßnahmen und Unternehmenspraktiken untersucht. Eurofound wird die Wirksamkeit verschiedener Arten von arbeitsmarktrelevanten und sozialpolitischen Maßnahmen analysieren, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise bestimmter Wirtschaftszweige liegen wird, in denen traditionell ein Arbeitskräftemangel herrscht, der während der COVID-19-Krise noch verschärft wurde. Nach Möglichkeit werden Fallstudien zu Unternehmensinitiativen zur Integration ukrainischer Migranten berücksichtigt.

Die jeweiligen Ansätze können sowohl auf das Angebot von als auch auf die Nachfrage nach Arbeitskräften zugeschnitten werden und die Förderung der Aktivierung/aktiven Eingliederung und des Umgangs mit der Vielfalt am Arbeitsplatz zum Gegenstand haben, wobei ungenutzte oder unzureichend genutzte Humanressourcen und Talente besondere Berücksichtigung finden (z. B. im Hinblick auf die geografische oder berufliche Mobilität, das Missverhältnis zwischen vorhandenen und benötigten Qualifikationen sowie die Arbeitszeit, einschließlich des „unausgeschöpften Arbeitskräftepotenzials“, oder in Bezug auf bestimmte Zielgruppen, die auf dem Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind, wie Menschen mit Behinderungen, Frauen und junge Menschen). Die diesbezüglichen Arbeiten der Kommission und die Durchführung von EU-Fonds, z. B. des ESF+, werden ebenso wie die Arbeiten der OECD und anderer Organisationen berücksichtigt. Vor dem Hintergrund beschäftigungspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels wird die Zusammenarbeit mit dem Cedefop und der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) im Hinblick auf

Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität geprüft. Generell könnten die Nutzung anderer Ressourcen (z. B. der Eurostat-Statistiken der offenen Stellen) und der Austausch mit anderen europäischen Akteuren, die sich mit der Frage des Arbeitskräftemangels und der ungenutzten Potenziale befassen (z. B. das Europäische Netz der öffentlichen Arbeitsverwaltungen), geprüft werden.

Diese Tätigkeit wird auch in die Vorbereitung der neuen Erhebungswelle der ECS einfließen, die für den nächsten mehrjährigen Programmplanungszeitraum vorgesehen ist.

Ziele

Eurofound wird beobachten und analysieren, wie sich die Arbeitsmarktstruktur – auch infolge der COVID-19-Krise und des Krieges in der Ukraine – in Bezug auf den Nettoaufbau und -abbau von Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen und Berufen sowie auf die wichtigsten Merkmale der Beschäftigungsstruktur (z. B. Polarisierung der Beschäftigung und veränderte Aufgabenverteilung bei den Arbeitsplätzen) wandelt. Darüber hinaus wird Eurofound aktuelle Informationen über die Beschäftigungseffekte von Umstrukturierungen sowie über politische Maßnahmen und Rechtsvorschriften bereitstellen. Schließlich wird im Rahmen dieser Forschungstätigkeit die zentrale Herausforderung des Arbeitskräftemangels in bestimmten Wirtschaftszweigen und Berufen angegangen, indem die Wirksamkeit einschlägiger politischer Maßnahmen untersucht wird.

Erwartete Ergebnisse

Die Analyse der strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Verschiebungen bei Angebot und Nachfrage wird es den Interessenträgern ermöglichen, jenseits statistischer Standarddaten die jüngsten Trends und Entwicklungen besser zu verstehen und die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen zu erkennen. Dies kann zu dem Ziel der EU, hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen zu schaffen, sowie zur Entwicklung der künftigen umfassenden und koordinierten Industriepolitik beitragen. Neben der allgemeinen Beobachtung großer Umstrukturierungen in einer Zeit großer Umbrüche für Wirtschaft und Arbeitsmärkte infolge der COVID-19-Krise kann das ERM als Wissensbasis für die Tätigkeiten des EGF, des Fonds für einen gerechten Übergang und des ESF+ dienen, insbesondere im Lichte der Ausweitung des Anwendungsbereichs des EGF nach 2020 auf alle großen Umstrukturierungen.

Die politischen Entscheidungsträger werden durch die Daten des EJM weiterhin darüber informiert, inwieweit die Verschiebungen im Beschäftigungsbereich auf den nationalen Arbeitsmärkten zu Polarisierung oder Weiterqualifizierung führen oder inwieweit sie anderen Veränderungsmustern folgen. Eine Analyse erfolgreicher Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und zur Erschließung nicht ausgeschöpfter Potenziale wird politische Entscheidungsträger bei der Konzeption spezifischer Instrumente unterstützen. Die im Rahmen dieser Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse werden eine nützliche Grundlage bilden, um beispielsweise bei der Erörterung von Arbeitsmarktreformen die Entwicklung wirksamerer politischer Maßnahmen zu unterstützen, unter anderem im Rahmen des Europäischen Semesters, des sozialen Dialogs, der Umsetzung von Maßnahmen des ESF+ im Zusammenhang mit dem Zugang zur Beschäftigung, der Teilhabe von jungen Menschen und Frauen, dem aktiven Altern und der Integration von Migranten und Menschen mit Behinderungen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 3 – Beschäftigung und Arbeitsmärkte

Überblick

Die Berichterstattung über den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt, einschließlich einer Analyse der Muster im Zusammenhang mit den drei wichtigsten Formen des Erwerbsstatus – Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit – sowie der demografischen Merkmale von Arbeitnehmern, des Wirtschaftszweigs und des Berufs, wird auf den Daten des EJM, des ERM und von Eurostat beruhen. Zu diesem Zweck werden die EJM-Datenbank und die ERM-Maßnahmen- und -Rechtsdatenbank im Jahr 2023 aktualisiert. Diese Datenbanken bilden auch die Grundlage für die im Rahmen von Tätigkeit 5 durchgeführten Projekte, bei denen es darum geht, die Auswirkungen des Wandels infolge des doppelten Übergangs auf der Ebene des Wirtschaftszweigs und die Auswirkungen auf die Umstrukturierungen von Unternehmen zu untersuchen.

Es wird ein neues Projekt ins Leben gerufen, in dessen Rahmen untersucht werden soll, wie sich die Beschäftigung zwischen Großstädten und ländlichen Gebieten regional verschiebt. Grund dafür ist die Zunahme der Telearbeit während der COVID-19-Pandemie und der erwartete langfristige Trend zu mehr Telearbeit und Hybridarbeit. Im Zuge der räumlichen Herausforderungen, die durch die COVID-19-Pandemie verursacht wurden, hat der Krieg in der Ukraine auch asymmetrische wirtschaftliche und soziale Auswirkungen auf die verschiedenen Regionen in Europa, die tiefgreifende Folgen für die regionale Entwicklung haben. In dem Projekt werden die Daten von 2019 bis 2022 berücksichtigt, sobald diese verfügbar sind; es wird auf dem vorhandenen Fachwissen aus den regionalen EJM-Analysen und der gemeinsamen Forschung über telearbeitsfähige Arbeitsplätze von Eurofound und der Gemeinsamen Forschungsstelle aufbauen. Soweit die verfügbaren Daten dies zulassen, wird im Rahmen des Projekts auch der Zusammenhang zwischen Telearbeit, regionaler Arbeitsmarktintegration, sektoraler Spezialisierung und der damit verbundenen ausgleichenden Entwicklungen, d. h. der Angleichung der Regionen innerhalb der Länder, untersucht. Soweit möglich werden Vergleiche zwischen den Ländern angestellt, wobei auch die Gründe für die Unterschiede untersucht und sowohl Push- als auch Pull-Faktoren berücksichtigt werden.

In einem weiteren neuen Projekt werden die Nachhaltigkeit der COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen über den Höhepunkt der Pandemie hinaus und ihre Auswirkungen auf die Milderung der mittelfristigen Folgen der daraus resultierenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise aus politischer Sicht untersucht. Die Forschungsarbeiten werden an die 2020 von Eurofound durchgeführte Bestandsaufnahme von Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer, z. B. Kurzarbeit/vorübergehende Entlassungen, anknüpfen. Durch interne Forschung und das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten werden der Einsatz dieser Instrumente in den Jahren 2021-2022 (auch im Vergleich zur Großen Rezession) und ihr Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen untersucht, um daraus politische Lehren für wirksame Instrumente für künftige Krisen abzuleiten.

Ergänzend zur Bestandsaufnahme in Bezug auf den Arbeitskräftemangel in den Jahren 2020-2021 und zur Bewertung der politischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in den Jahren 2021-2022 wird Eurofound im Jahr 2023 die Verfahrensweisen in den Unternehmen bzw. Organisationen zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels im Zusammenhang mit dem doppelten Übergang und in Wirtschaftszweigen, in denen der Mangel durch COVID-19 verschärft wurde (z. B. Gesundheit oder IKT), untersuchen. Bei einer Reihe dieser Fallstudien geht es um die Integration

ukrainischer Migranten in den Arbeitsmarkt – hier könnten auch andere Wirtschaftszweige einbezogen werden. In weiteren Fallstudien werden die Umsetzung von Maßnahmen auf Unternehmensebene und die damit verbundenen unternehmensinternen (z. B. die Rolle des sozialen Dialogs) und -externen (einschließlich der politischen Maßnahmen des Staates) Erfolgsfaktoren und Engpässe untersucht.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Datenbanken des Europäischen Beobachtungsinstruments für Umstrukturierungen (ERM) – Pflege und Aktualisierung (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Datenbank 	2023
Datenbank des Europäischen Jobmonitors – Pflege und Aktualisierung (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Aktualisierung der Datenbank 	2023
Bericht über die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzbericht 	2024
Regionale Perspektive der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt nach der COVID-19-Pandemie (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2024
COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Abmilderung der längerfristigen Folgen für Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • Aktualisierung der Datenbank 	2024
Verfahrensweisen in den Unternehmen bzw. Organisationen zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels im Zusammenhang mit dem doppelten Übergang und in Wirtschaftszweigen, in denen sich der Mangel durch COVID-19 verschärft hat (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • Fallstudien 	2024
Ressourcen 309 000 EUR und 5,4 VZÄ		

2.4 Tätigkeit 4: Lebensbedingungen und Lebensqualität

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, einschließlich des Anstiegs der Energiepreise und der Lebenshaltungskosten, wirken sich stark auf das Leben der Menschen in Europa aus. Aus diesem Grund hat die Erforschung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität weiter an Bedeutung gewonnen, und Eurofound wird die Entwicklungen in diesem Bereich vor dem Hintergrund dieser neuen Herausforderung weiterhin beobachten.

Wie in den Abschnitten zu den Tätigkeiten 1 und 7 im Zusammenhang mit der Erörterung des längerfristig angelegten Ansatzes für die Erhebungen von Eurofound erwähnt, wird Eurofound 2024 die EWCS durchführen und dabei einige Fragen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen aufnehmen, die hinsichtlich der Folgen der COVID-19-Pandemie relevant sind. Die Teilnehmer dieser Erhebung werden persönlich ausgewählt. Die Mehrheit dieser Teilnehmer wird auch persönlich befragt, damit sichergestellt ist, dass die Ergebnisse der Erhebung mit früheren Erhebungswellen der EWCS verglichen werden können. Um die Umstellung der Eurofound-Erhebungen auf Online-Datenverwaltung vorzubereiten, ist geplant, eine kleinere zufällig ausgewählte Teilstichprobe von

Teilnehmern zu ziehen, um die Befragung online durchzuführen. Dadurch wird bei einer Reihe ausgewählter Fragen aus der EWCS ein Vergleich der Antworten zwischen den beiden unterschiedlichen Verwaltungsmodi ermöglicht. Außerdem können die Auswirkungen des Übergangs zu einem internetbasierten Ansatz („Push-to-Web“) auf die Erhebungseffizienz und die Datenqualität geprüft werden. Bei dieser Erhebung 2024 werden die Teilnehmer gefragt, ob sie bereit sind, eine Reihe von Online-Folgefragebogen zu beantworten. Diese Folgefragebogen werden Fragen aus der EWCS enthalten, die im ursprünglichen Fragebogen nicht gestellt wurden; auf diese Weise wird die Auswahl der Variablen erweitert, anhand derer Trendbrüche erfasst werden können. Dieses Element ermöglicht es auch, die Wirksamkeit der Anwerbung von Erhebungsteilnehmern für Folgefragebogen, die Auswirkungen der anfänglichen Ablehnung der Beantwortung dieser Folgefragebogen sowie die Folgen der späteren Fluktuation der Teilnehmergruppe für die Zusammensetzung der Stichprobe zu prüfen. Die Europäische Erhebung zur Lebensqualität (EQLS) sollte im Zeitraum 2026-2027 unter Berücksichtigung der im Rahmen der EWCS-Testerhebung 2024 gewonnenen Erfahrungen durchgeführt werden.

In den europäischen Gesellschaften herrscht aufgrund der COVID-19-Pandemie und des Krieges in der Ukraine weiterhin große Unsicherheit; daher wird Eurofound untersuchen, wie sich diese neue Krise auf die Lebensbedingungen von Europäerinnen und Europäern in verschiedenen Lebensphasen auswirkt und welche Rolle verschiedene Initiativen spielen, die umgesetzt wurden, um die soziale Notlage verschiedener Bevölkerungsgruppen abzufedern.

Um wichtigen demografischen Veränderungen in den europäischen Gesellschaften Rechnung zu tragen, wird sich Eurofound darüber hinaus besonders mit den Auswirkungen des demografischen Wandels befassen. In diesem Zusammenhang wird die Lebensqualität älterer Bürger, einschließlich älterer Arbeitnehmer und Rentner, erfasst und bewertet; zudem werden die Einkommenssicherheit und die Rolle öffentlicher Dienstleistungen bei der Förderung eines eigenständigen Alterns analysiert. Eurofound wird mit ihrer forschungsorientierten Perspektive die Präferenzen und Chancen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Teilhabe an Gesellschaft und Beschäftigung beleuchten und ihren Beitrag zur Entwicklung von Dienstleistungen untersuchen, die älteren Menschen diese Teilhabe ermöglichen. Der demografische Wandel hat auch Auswirkungen auf die jüngere Generation und auf Frauen. Dies wird durch Forschungsarbeiten zu jungen Menschen und ihrer sozialen Eingliederung und sozialen Mobilität, einschließlich der Weitergabe von Vor- und Nachteilen zwischen den Generationen, untersucht. Aufbauend auf früheren Forschungsergebnissen wird Eurofound die unterschiedlichen Auswirkungen der Krise auf Männer und Frauen in mehreren Dimensionen ermitteln.

Viele Maßnahmen zur Reaktion auf die Herausforderungen und Chancen für die Verbesserung der Lebensbedingungen werden von Einrichtungen und öffentlichen Diensten konzipiert, durchgeführt oder gefördert, die während der COVID-19-Krise und im Zuge des Krieges in der Ukraine und der sich daraus ergebenden Flüchtlingswellen trotz der großen Herausforderungen eine wichtige Rolle gespielt haben. Ausgehend von einer Perspektive der sozialen Investitionen werden die Angemessenheit, die Qualität und die Gerechtigkeit (Zugang und Erschwinglichkeit) der öffentlichen Dienstleistungen untersucht, wobei der Schwerpunkt auf Sozial-, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen liegen könnte. Grundlage für die Analyse sind die verfügbaren Ergebnisse der vorgeschlagenen neuen Eurofound-Erhebung und andere Datenquellen, wie die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) und die Umfrage zu den Grundrechten.

Eurofound wird zur Information politischer Entscheidungsträger beitragen, indem sie Fakten zu Tendenzen und Einflussfaktoren in diesem Bereich im Zusammenhang mit der Umsetzung der in Kapitel III der europäischen Säule sozialer Rechte („Sozialschutz und soziale Inklusion“) vorgesehenen Dienstleistungen vorlegt. Wie bereits bei vorangegangenen EQLS werden die Forschungsarbeiten zur Qualität der Gesellschaft auch im Rahmen der Tätigkeit 6 (Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz) in Themen wie Vertrauen, soziale Spannungen und Qualität öffentlicher Dienstleistungen einfließen.

Ziele

Ziel dieser Tätigkeit ist es, die Lebensbedingungen in der Europäischen Union zu überwachen, einschließlich der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des Krieges in der Ukraine auf die Lebenshaltungskosten, Informationen über Status, Tendenzen und Risiken bereitzustellen sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen in der Europäischen Union zu sondieren. Bei den Forschungsarbeiten werden im Wesentlichen die Qualität der Gesellschaft und die Gemeinschaften auf lokaler und regionaler Ebene beleuchtet und dabei die Rolle des Sozialschutzes für alle Bürger unter besonderer Berücksichtigung der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen hervorgehoben.

Ein weiteres Ziel besteht darin, relevante Informationen für politische Debatten über das Altern und Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage älterer Menschen, über die Unterstützung für ein eigenständiges Leben und über die Entwicklung hochwertiger Dienstleistungen zur Ergänzung der informellen Pflege über das gesamte Leben hinweg bereitzustellen. Darüber hinaus werden die Forschungsarbeiten aktuelle Informationen über die soziale Lage von jungen Menschen, Männern und Frauen liefern, um politische Maßnahmen zur Förderung ihrer Eingliederung zu unterstützen.

Erwartete Ergebnisse

Diese Forschungsergebnisse sollen die Entwicklung der Lebensbedingungen, einschließlich der Auswirkungen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise und der Folgen des Krieges in der Ukraine, in den Vordergrund rücken und zu Initiativen und Bewertungen der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und der Aufrechterhaltung des europäischen Sozialmodells beitragen, wobei der regionalen Dimension besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Spezifische Erkenntnisse über vom demografischen Wandel betroffene Gruppen, Betreuungspflichten, Entwicklungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie über den Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen könnten in die Debatte über die Europäische Strategie für Pflege und Betreuung und die Jugendgarantie einfließen und im Europäischen Semester für sozialpolitische länderspezifische Empfehlungen, insbesondere in Bezug auf die Pflege, herangezogen werden. Diese Forschungsarbeiten können Debatten über Initiativen wie die Kindergarantie befördern, während die Erkenntnisse über die Gleichstellung der Geschlechter zur Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 beitragen werden. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zur Pflege können zu der Initiative zur Langzeitpflege, zu den Erörterungen im Rahmen des Europäischen Semesters im Zusammenhang mit Sozialausgaben und sozialen Diensten sowie zur Überwachung und Bewertung der Umsetzung des Kohäsionsfonds und des ESF+ beitragen. Die Ergebnisse könnten in die Jahresberichte des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz sowie in die Berichte der Europäischen Kommission zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa einfließen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 4 – Lebensbedingungen und Lebensqualität

Überblick

Im Jahr 2023 wird das 2022 begonnene Projekt über die Dynamik zwischen den Generationen im Zeitverlauf abgeschlossen, wobei die Daten herangezogen werden, die im Rahmen der Online-Erhebung zu Leben, Arbeiten und COVID-19 im Zeitraum 2020-2022 gesammelt wurden. Ferner wird das Projekt „Erschwinglicher Wohnraum und Anpassung an eine neue Realität: Nutzung und Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in Zeiten von COVID-19“ abgeschlossen; die Ergebnisse werden 2023 veröffentlicht.

Angesichts der Unterschiede in Bezug auf die Abdeckung und die Angemessenheit der Sozialschutzsysteme in Europa und aufbauend auf der Arbeit des Ausschusses für Sozialschutz wird im Rahmen eines neuen Projekts eine Übersicht der Bevölkerungsgruppen erstellt, die in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht durch Sozialschutzsysteme abgedeckt sind, einschließlich derjenigen, die besonders geringe Sozialschutzleistungen beziehen. Im Mittelpunkt des Projekts stehen Leistungen bei Arbeitslosigkeit und das Mindesteinkommen. Es soll untersucht werden, ob und wie diese Systeme die Gesundheitsversorgung umfassen. Vor dem Hintergrund der dramatischen Veränderungen in den Sozialschutzsystemen, die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöst wurden, werden im Rahmen des Projekts die politischen Veränderungen in den Sozialschutzsystemen der EU abgebildet, ihre Auswirkungen in Bezug auf Reichweite und Angemessenheit analysiert und die Folgen für die institutionelle Architektur der Sozialschutzsysteme in der Zeit nach COVID-19 erörtert. Überdies wird untersucht, welche Veränderungen in dauerhafte Reformen umgewandelt wurden und inwieweit die während der Pandemie durchgeführten Initiativen hinsichtlich ihrer Reichweite und Angemessenheit erfolgreich waren, um die Auswirkungen der Krise auf die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen abzumildern.

Eurofound stützt sich dabei auf ihre früheren Arbeiten zu jungen Menschen und wird neue Forschungsarbeiten durchführen, um die langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen beim Übergang in das Erwachsenenalter zu bewerten. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Beschäftigung, der Ausbildung und den Möglichkeiten junger Menschen, sich auf das Erwachsenenleben vorzubereiten, z. B. Verlassen des Elternhauses, Begründung eines neuen Haushalts und Beginn der Elternschaft. Im Rahmen des Projekts werden die Veränderungen in der Lebensqualität und der psychischen Gesundheit junger Menschen – ein Hauptanliegen in der Zeit nach COVID-19 – im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation verschiedener Gruppen analysiert, wobei der Schwerpunkt auf jungen Frauen liegt. Die Analyse wird durch einen Überblick über die Umsetzung der verstärkten Jugendgarantie und die Qualität ihrer Unterstützung sowie über andere Förderinstrumente der EU wie die EU-Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve – Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen) zur Unterstützung der Beschäftigungsfähigkeit verschiedener Gruppen junger Menschen ergänzt.

Bei einem neuen Projekt liegt der Fokus schließlich auf den Rechten und Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger der EU, unabhängig zu leben. Mit Schwerpunkt auf verschiedenen schutzbedürftigen Gruppen (z. B. Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychischen Problemen, Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, Kinder und älteren Erwachsenen) wird die Situation der verschiedenen Gruppen und die Art und Weise, wie die EU-Mitgliedstaaten sie unterstützen, im Rahmen der Forschungstätigkeiten beleuchtet, wobei auch Veränderungen im

Zusammenhang mit COVID-19 berücksichtigt werden. Unter Berücksichtigung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten der EU zur Deinstitutionalisierung wird das Projekt auf Menschen ausgerichtet sein, die Gefahr laufen, in einer Einrichtung zu leben. Außerdem werden ihr Übergang in die Selbständigkeit und ihre Erfahrungen zentral beleuchtet. Schließlich wird das Projekt einen Überblick über die präventiven und unterstützenden Maßnahmen geben, die die Mitgliedstaaten in den vergangenen zehn Jahren ergriffen haben, um die Chancen der Bürgerinnen und Bürger auf ein unabhängiges Leben zu verbessern. Insbesondere werden die Veränderungen in Bezug auf die Art der Unterstützung, deren Modalitäten und Bereitstellung sowie deren Wirksamkeit seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie betrachtet.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Erschwinglicher und angemessener Wohnraum: die Kosten des Zugangs zu Wohnraum in Europa (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2023
Dynamik zwischen den Generationen im Zeitverlauf (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzbericht 	2023
Anpassung an eine neue Realität: Nutzung und Erbringung öffentlicher Dienstleistungen in Zeiten von COVID-19 (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2023
Sozialschutz 2.0 (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2024
Eintritt in das Erwachsenenalter: Leben und Arbeit junger Menschen in einer Welt nach der Pandemie (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • Datensatz 	2024
Wege hin zu einem unabhängigen Leben in Europa (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2024
Ressourcen		
238 000 EUR und 3,5 VZÄ		

2.5 Tätigkeit 5: Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Die in Kapitel 1 erwähnten Megatrends fördern einen rasanten Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Die Digitalisierung und der Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft sind gegenwärtig zusammen mit den erwarteten längerfristigen Auswirkungen der COVID-19-Krise und den Folgen des Krieges in der Ukraine zwei der wichtigsten Einflussfaktoren. Eurofound wird sich auf die Auswirkungen dieser Faktoren, die mitunter mit neuen Geschäftsmodellen und einer anderen Arbeitsorganisation einhergehen, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Integration in den Arbeitsmarkt, die Beschäftigungsverhältnisse und die Arbeitsbedingungen sowie auf die Folgen für die Arbeitsmarktinstitutionen – insbesondere bezüglich des Regelungsrahmens, des sozialen Dialogs und des Sozialschutzes – konzentrieren. Die Rollen, Situationen und Herausforderungen für bestimmte Arten von Organisationen – wie KMU und der öffentliche Sektor – könnten ebenfalls untersucht werden.

Eurofound wird Aspekte im Zusammenhang mit der Einführung der Digitalisierung, darunter auch der KI, beleuchten. Dies könnte die Nutzung und das Eigentum an privaten/personenbezogenen Daten sowie – im Bereich der Arbeitsbedingungen – Fragen wie Verfahrensweisen auf dem Gebiet der Führung und Personalverwaltung, Telearbeit und flexible Arbeit, Teamarbeit, Mensch-Maschine-Interaktion, Arbeitszeit, Kontrolle und Überwachung umfassen. Soweit möglich könnten zu diesem Zweck Daten aus der EWCS und ECS genutzt werden. Im Hinblick auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesundheit und Sicherheit, insbesondere auf psychosoziale Risiken, und die ethische Dimension der Digitalisierung könnte eine Zusammenarbeit mit der EU-OSHA und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) in Betracht gezogen werden. Dasselbe gilt für die Zusammenarbeit von Eurofound mit dem Cedefop in Bezug auf die Qualifikationserfordernisse.

Die Auswirkungen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft sind vor dem Hintergrund der Verwirklichung des Ziels eines klimaneutralen Europas, einschließlich der Kreislaufwirtschaft, und im Lichte des Programms „NextGenerationEU“ kaum abzuschätzen. Eurofound wird die sozioökonomischen Folgen untersuchen, etwa für die Beschäftigung (Verlagerung und Umwandlung von Arbeitsplätzen) und die Arbeitsbedingungen sowie für die Gesellschaft (z. B. die Verteilungseffekte von Klimaschutzmaßnahmen). Ein Teil dieser Arbeiten kann auf den Ergebnissen des von Eurofound durchgeführten Pilotprojekts zur Zukunft des verarbeitenden Gewerbes (FOME) aufbauen. In Bezug auf die sich ändernden Qualifikationserfordernisse wird es eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur, einschließlich der Europäischen Beobachtungsstelle für Klima und Gesundheit, sowie mit dem Cedefop geben.

Aufbauend auf den Forschungsarbeiten zu Tätigkeit 3 (Beschäftigung und Arbeitsmärkte) werden Umstrukturierungen in relevanten Sektoren ermittelt und analysiert. Umstrukturierungen, die speziell mit der Digitalisierung und dem Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft zusammenhängen, könnten mithilfe der ERM-Datenbanken ermittelt werden, indem die ERM-Maßnahmendatenbank angepasst und durch qualitative Forschungsarbeiten ergänzt wird. Gegenstand der Analyse wird zudem die besondere Rolle des sozialen Dialogs und der Arbeitnehmervertreter bei der Gestaltung und Umsetzung des Änderungsprozesses sein, z. B. bei der Ausarbeitung von Sozialplänen, einschließlich der Unterstützung des Übergangs betroffener Arbeitnehmer und anderer Maßnahmen wie aktive Arbeitsmarktpolitik, die in der ERM-Datenbank über Unterstützungsinstrumente und in der ERM-Rechtsdatenbank erfasst werden.

Darüber hinaus wird Eurofound die Auswirkungen neuer Geschäftsmodelle und der Arbeitsorganisation in den im ersten Absatz dieses Abschnitts genannten Bereichen untersuchen. Dies könnte beispielsweise die Prüfung neuer Formen der Zusammenarbeit sowie der innerbetrieblichen und unternehmensübergreifenden Organisation umfassen, etwa im Zusammenhang mit der Plattform- oder der Kreislaufwirtschaft. Im Rahmen des bereits bestehenden Schwerpunkts Plattformarbeit werden die Herausforderungen und Chancen, die diese neue Form der Beschäftigung mit sich bringt, weiter erforscht, wobei mehr Gewicht auf die Erfassung und Bewertung der Wirksamkeit von Initiativen zur Bewältigung der ermittelten Herausforderungen gelegt wird. Ferner könnten Fragen wie Diskriminierung, Geschlecht und Alter sowie Privatsphäre beleuchtet werden.

Es werden künftige Szenarien möglicher Entwicklungen beschrieben, die von der Digitalisierung oder dem Übergang zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft getragen werden. Dies schließt eine Debatte mit den Interessenträgern über mögliche Wege und Maßnahmen zur Verwirklichung der gewünschten Ergebnisse ein.

Bei der Behandlung der Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen in der oben genannten Forschungsarbeit wird Eurofound die Rolle, die Chancen und Herausforderungen des traditionellen sozialen Dialogs und die Entstehung neuer Arten kollektiver Maßnahmen, soweit vorhanden, untersuchen.

Ziele

Eurofound wird die Auswirkungen der Digitalisierung und des Übergangs zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft auf das Beschäftigungsniveau, die Arbeitsbedingungen (einschließlich Sozialschutz) und die Beschäftigungsverhältnisse untersuchen und die Rolle der Arbeitsbeziehungen und des sozialen Dialogs bei der Gestaltung und Umsetzung dieses Wandels sowie die Folgen für Gesellschaft und Bürger beleuchten. Darüber hinaus werden die Auswirkungen auf die Arbeitsmarktinstitutionen, insbesondere auf die Sozialpartner und den Rechtsrahmen, sowie auf die verschiedenen Regionen und gesellschaftlichen Gruppen analysiert. Bestehende Maßnahmen und Initiativen zur Bewältigung des Wandels werden abgebildet und Wege für eine erstrebenswerte Zukunft erkundet.

Erwartete Ergebnisse

Durch die Verwirklichung dieses Ziels verfügen die Interessenträger über die erforderlichen Fakten, um fundierte Entscheidungen darüber zu treffen, wo und welche Art von Maßnahmen geboten sind, um den Wandel zu bewältigen, positive Auswirkungen zu optimieren und die unerwünschten Folgen der Digitalisierung und des Übergangs zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft für Gesellschaft, Arbeit und Beschäftigung auf einem von der COVID-19-Pandemie und den Folgen des Krieges in der Ukraine belasteten Arbeitsmarkt zu verhindern. Die Beleuchtung der Auswirkungen dieser treibenden Kräfte hinter dem Wandel auf der Arbeitsplatzebene wird Aufschluss darüber geben, wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten dabei unterstützt werden können, die Chancen zu nutzen und die Herausforderungen im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen zu bewältigen, die ganz oben auf der politischen Agenda stehen: z. B. im Programm „NextGenerationEU“, im europäischen Grünen Deal, im REPowerEU-Plan, in der Strategischen Agenda der EU 2019-2024 oder im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste, dem Aktionsplan für digitale Bildung und der Aktualisierung der Europäischen Kompetenzagenda, der EU-Datenstrategie oder dem Weißbuch der EU zur Künstlichen Intelligenz. Die Forschungsarbeiten könnten auch in die neue KMU-Strategie und in Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen bei der Anpassung an die Globalisierung einfließen und damit zu den Prioritäten der Kommission „Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist“ und „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ beitragen.

Die Forschungsarbeiten zum doppelten Übergang im Zusammenhang mit Digitalisierung und Klimawandel könnten relevante Informationen für politische Entscheidungsträger liefern, die nach Lösungen suchen, um das Funktionieren der Märkte für Verbraucher, Unternehmen, Arbeitnehmer und die Gesellschaft sowie für die nachhaltige Entwicklung von Städten und städtischen Gebieten zu optimieren und die Regionen bei der Verbesserung ihrer Infrastruktur und des Zugangs zu Dienstleistungen zu unterstützen, wie dies in den Prioritäten der Kommission – „Ein Europa, das für

das digitale Zeitalter gerüstet ist“, „Ein europäischer Grüner Deal“, „Zusammenhalt und Reformen“ und „Demokratie und Demografie“ – vorgesehen ist.

Die Untersuchung der Auswirkungen auf die Arbeitsmarktinstitutionen sowie auf die einschlägigen Vorschriften und die Sozialpartner kann zu den Debatten darüber beitragen, ob die traditionellen Rahmen in einer sich wandelnden Arbeitswelt ihren Zweck erfüllen.

Die Prüfung der Verteilungseffekte der Klimaschutzpolitik und der Maßnahmen zur Maximierung der sozialen Gerechtigkeit werden als Grundlage für die Arbeit des Fonds für einen gerechten Übergang und des Klima-Sozialfonds dienen. Die Beobachtung von Reformen und neuartigen Maßnahmen kann den Austausch von politischen Konzepten und gewonnenen Erfahrungen fördern, indem Informationen darüber bereitgestellt werden, was funktioniert und was nicht.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 5 – Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels

Überblick

Die Projekte im Rahmen dieser Tätigkeit werden in enger Abstimmung mit Projekten anderer Tätigkeiten, insbesondere der Tätigkeiten 1, 2 und 3, durchgeführt.

Im Jahr 2023 wird Eurofound ihre Forschungsarbeiten zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf das Berufsleben fortsetzen. Die 2022 bzw. 2021 ins Leben gerufenen Projekte zu den Auswirkungen neuer Entwicklungen der Mensch-Maschine-Interaktion auf die Arbeitsorganisation und zu den menschlichen und ethischen Aspekten der Digitalisierung am Arbeitsplatz werden abgeschlossen.

Die sich in Arbeit befindliche Beobachtung der Entwicklungen in der Plattformwirtschaft über das Web-Repository von Eurofound wird fortgesetzt; zudem wird das Online-Material über Digitalisierung mit neuen Informationen aus abgeschlossenen Eurofound-Forschungsarbeiten oder anderen einschlägigen Quellen aktualisiert.

Im Bereich der Forschung zum Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft wird Eurofound im Jahr 2023 die gemeinsam mit der EUA im Jahr 2021 begonnenen Projekte zu den sozioökonomischen Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft und zu den Auswirkungen des Übergangs zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft auf die Beschäftigung und entsprechende Folgen für die Arbeitsplatzqualität insgesamt (begonnen im Jahr 2022) abschließen.

Ferner wird das im Jahr 2022 gestartete Projekt zur Zukunftsforschung im Bereich der Ausarbeitung möglicher Szenarien für Telearbeit und hybride Arbeit im Jahr 2023 abgeschlossen sein.

Im Rahmen eines neuen Projekts werden die Rollen, Möglichkeiten und Herausforderungen der politischen Akteure in Bezug auf den gerechten Übergang untersucht. In ausgewählten nationalen/regionalen Fallstudien werden die politischen Entscheidungsprozesse im Zusammenhang mit der Gestaltung und Umsetzung von politischen Maßnahmen zum gerechten Übergang, ihre Mechanismen und die beteiligten Akteure dargestellt. Ergänzt wird dies durch Fokusgruppen, in denen die verallgemeinerten Erkenntnisse aus den Fallstudien bestätigt werden sollen und in denen ein Austausch über Verfahrensweisen, Erfahrungen und Lehren aus den verschiedenen Ländern und der verschiedenen Gruppen von politischen Entscheidungsträgern stattfinden kann. Zudem ist ein

Zukunftsforschungsmodul zu möglichen Szenarien für politische Partnerschaften im Zusammenhang mit Strategien für grünes Wachstum vorgesehen.

In Anlehnung an die Analyse der Auswirkungen des Wandels auf Arbeit und Beschäftigung im Finanzdienstleistungssektor im Jahr 2021 werden die Auswirkungen des durch den doppelten Übergang verursachten Wandels auf der Ebene des Wirtschaftszweigs erforscht (welcher Wirtschaftszweig dies sein wird, ist noch zu bestimmen). Der Schwerpunkt liegt dabei auf möglichen Veränderungen in der Art der Geschäftstätigkeit, dem Wandel der Berufs- und Qualifikationsprofile, der Arbeitsorganisation und den Arbeitsbedingungen sowie den Arbeitsbeziehungen und dem sozialen Dialog. Das Projekt wird auf den Informationsinstrumenten von Eurofound (EJM, ERM und EWCS) aufbauen, die durch qualitative Forschungsmethoden (Literaturrecherche, Fallstudien und Befragungen der Interessenträger) ergänzt werden.

In einem anderen neuen Projekt werden die Umstrukturierungspraktiken von Unternehmen im Rahmen des doppelten Übergangs aus mikroökonomischer Sicht dargestellt. Dabei werden die Verfahrensweisen in den Unternehmen (qualitative Fallstudien, die durch das ERM ermittelt wurden) untersucht, um den „neuen Normalzustand“ zu antizipieren und zu bewältigen, wobei der Schwerpunkt auf Strategien und Mechanismen des Personalmanagements liegt (darunter z. B. Umschulung, Talentmanagement, Strategien für und Führung von befristet beschäftigten Mitarbeitern, Einsatz von digitalen/KI-basierten HR-Tools). In diesem Zusammenhang werden auch die Rolle des sozialen Dialogs und der Arbeitnehmerbeteiligung sowie die Bedeutung des Qualitätsrahmens für die Antizipation und Bewältigung des Wandels untersucht.

Die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren, die in diesem Bereich forschend tätig sind, wie die Gemeinsame Forschungsstelle, die FRA oder die EU-OSHA im Hinblick auf die Digitalisierung oder die EUA im Hinblick auf den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, wie sie in den Vorjahren des Programmplanungszyklus etabliert wurde, wird fortgesetzt.

Projekte und Outputs		
Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Auswirkung neuer Entwicklungen der Mensch-Maschine-Interaktion auf Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2024
Auswirkungen der Digitalisierung am Arbeitsplatz auf den Menschen und ethische Auswirkungen dieser Entwicklung (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2023
Web-Repository für die Plattformwirtschaft – Pflege und Aktualisierung (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • Datenbank 	2023
Online-Material über Digitalisierung – Pflege und Aktualisierung (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> • HTML-Ausgabewerte 	2023
Sozioökonomische Auswirkungen des Übergangs zur einer klimaneutralen Wirtschaft (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2023
Auswirkung des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft auf die Beschäftigung und entsprechende Folgen für die Arbeitsplatzqualität insgesamt (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht 	2023

Szenarien für Telearbeit und hybride Arbeit (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • HTML-Ausgabewerte 	2023
Gerechter Übergang: Rolle, Chancen und Herausforderungen der politischen Akteure (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzbericht • Arbeitsunterlage 	2024
Auswirkungen der durch den doppelten Übergang verursachten Veränderungen auf der Ebene des Wirtschaftszweigs (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • Arbeitsunterlage 	2025
Maßnahmen zur Umstrukturierung von Unternehmen im Zusammenhang mit dem doppelten Übergang und zur Bewältigung neuer Entwicklungen in Bezug auf die Arbeitsmethoden (neu)	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht • Arbeitsunterlage • Aktualisierung der Datenbank 	2025
Ressourcen		
248 000 EUR und 4,0 VZÄ		

2.6 Tätigkeit 6: Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Nach den in den vergangenen Jahren verzeichneten Verbesserungen beim Wirtschaftswachstum und bei der Erwerbsbeteiligung stellen die COVID-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine mit ihren Auswirkungen auf den Anstieg der Lebenshaltungskosten eine neue, außerordentliche Herausforderung für die Europäische Union und ihre wirtschaftliche und soziale Stabilität dar. Die äußerst gravierenden finanziellen Folgen der Krise könnten zu einer weiteren Verschärfung der Kluft zwischen der Wirtschaftsleistung der einzelnen Mitgliedstaaten führen und die Anfälligkeit des jüngsten Fortschritts im Bereich der Konvergenz offenlegen. Darüber hinaus könnten sich die sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie und der Anstieg der Energiekosten auf die Ungleichheiten zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auswirken, sodass viele Europäerinnen und Europäer zunehmend eine wirtschaftliche und soziale Unsicherheit erleben und ein Gefühl der Unzufriedenheit verspüren, was sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zum Ausdruck kommt. Der Krieg in der Ukraine und seine wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten könnten diese Einschätzung noch verschärfen. Die Förderung der Aufwärtskonvergenz hin zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sind für die EU von allergrößter Bedeutung. Um den politischen Entscheidungsträgern Fakten darüber zu liefern, wie die Folgen dieser Krisen abgefedert und die wirtschaftliche und soziale Fragmentierung verringert werden können, wird sich Eurofound mit dem Thema Aufwärtskonvergenz des vorherigen Arbeitsprogramms weiter beschäftigen. Die Agentur wird sich intensiver mit der potenziellen Entstehung neuer Ungleichheiten und der Frage befassen, wie die zunehmenden Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt der EU erklärt und bewältigt werden können. Um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des Krieges in der Ukraine zu überwachen, wird Eurofound weiterhin regelmäßig über Trends der Aufwärtskonvergenz bei der sozioökonomischen Dimension sowie bei den Beschäftigungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa auf der Ebene der Mitgliedstaaten und auf regionaler Ebene berichten. Das Web-Repository über Konvergenz wird aktualisiert und weiterentwickelt.

Darüber hinaus wird sich Eurofound schwerpunktmäßig mit den Triebkräften und Auswirkungen der wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz innerhalb der EU befassen. Die Forschungsarbeiten werden die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen der Konvergenz und den Faktoren beleuchten, die die Konvergenz befördern, wie soziale Investitionen, Mobilität und institutionelle Rahmenbedingungen (z. B. Regulierung, Wohlfahrtssysteme, öffentliche Dienstleistungen und sozialer Dialog sowie Strukturreformen). Die Auswirkungen der verschiedenen auf europäischer Ebene zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie und der sich anschließenden Wirtschaftskrise aufgelegten Konjunkturprogramme auf die wirtschaftliche und soziale Konvergenz werden untersucht, zudem wird ein Vergleich mit der Rezession von 2008 vorgenommen. Auf diese Weise erhalten die politischen Entscheidungsträger Informationen darüber, wie die Konvergenz und die Wirksamkeit dieser Initiativen gefördert werden können. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf der Überwachung und Erklärung der Konvergenz im Euro-Währungsgebiet liegen, nicht zuletzt im Hinblick auf die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländergruppen und möglichen entstehenden Asymmetrien. Eurofound wird zudem prüfen, wie Prozesse im Rahmen der Arbeitsbeziehungen, insbesondere Tarifverhandlungen, die Konvergenz einiger Ergebnisse beeinflussen.

Ein weiterer Forschungsbereich wird in erster Linie den sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union behandeln, um die politischen Entscheidungsträger darüber zu informieren, wie politische Maßnahmen auf dem Weg zu einer gerechteren und integrativeren Gesellschaft gefördert werden können. Die COVID-19-Pandemie und der Anstieg der Lebenshaltungskosten im Zuge des Krieges in der Ukraine könnten zur Festigung bestehender oder zur Entstehung neuer Ungleichheiten geführt haben, die größere Gruppen der Gesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger beeinträchtigen. Wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Unterschiede sowohl auf dem Arbeitsmarkt (wie Einkommen und Beschäftigungssicherheit) als auch in Bezug auf den Zugang zu und die Qualität von wesentlichen Gütern und Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Bildung und Sozialschutz werden unter dem Kriterium des sozialen Zusammenhalts untersucht. Auch die Zusammenhänge mit der Migration und der Integration werden berücksichtigt. Diese Analyse wird für verschiedene gesellschaftliche Gruppen, einschließlich des Mittelstands, durchgeführt. Basierend auf den Erhebungsdaten von Eurofound wird die Frage der künftigen Aussichten und der Wahrnehmung der Gerechtigkeit berücksichtigt. Darüber hinaus wird Eurofound den fehlenden Zusammenhalt untersuchen, der nicht nur in der materiellen und wirtschaftlichen Lage, sondern auch im Vertrauen in die Institutionen und in den Spannungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen (z. B. ethnischen und religiösen Gruppen) zum Ausdruck kommt, sowie die Bürgerbeteiligung beleuchten.

Ziele

Das übergeordnete Ziel dieser Tätigkeit besteht darin, die Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und den sozialen Gruppen und den Entwicklungen beim sozialen Zusammenhalt in Europa zu untersuchen. Ziel der Tätigkeit ist es insbesondere, die wichtigsten Tendenzen und Determinanten der wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtskonvergenz in Europa zu beobachten, die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des Krieges in der Ukraine auf die Aufwärtskonvergenz zu verstehen und die wichtigsten politischen Triebkräfte für die Stärkung der Resilienz der Mitgliedstaaten und die Förderung einer nachhaltigen Aufwärtskonvergenz zu ermitteln.

Zudem sollen im Rahmen dieser Tätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der zunehmenden Ungleichheiten zwischen den sozialen Gruppen infolge der COVID-19-Krise und des Anstiegs der Lebenshaltungskosten im Zuge des Krieges in der Ukraine die Trends und Determinanten des sozialen Zusammenhalts untersucht werden. Im Zuge der Forschungsarbeit werden die Hauptursachen für Ungleichheit sowie wichtige politische Hebel zur Verringerung multidimensionaler Ungleichheiten und Initiativen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts beleuchtet. Außerdem wird sie den politischen Entscheidungsträgern Optionen hinsichtlich Maßnahmen zum Abbau von Ungleichheiten und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Europa an die Hand geben.

Erwartete Ergebnisse

Die im Rahmen dieser Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse werden die politischen Entscheidungsträger über die jüngsten Trends und Einflussfaktoren in Bezug auf Konvergenz, Ungleichheiten und sozialen Zusammenhalt in Europa informieren und dabei ein Schlaglicht auf die Auswirkungen der COVID-19-Krise und des Krieges in der Ukraine werfen. Die Forschungsarbeit zur Konvergenz hat das EU-Ziel einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Konvergenz zum Gegenstand und wird dazu beitragen, Lücken und Überschneidungen zwischen diesen beiden Zielen zu ermitteln. Dabei werden die Entwicklungen der Konvergenztrends und die Auswirkungen der verschiedenen Konjunkturprogramme auf die Verringerung der durch den Krieg in der Ukraine und die COVID-19-Krise verursachten Spaltungen untersucht, unter anderem durch die rasche und vollständige Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes. So soll ein Beitrag zur Debatte über die europäische Säule sozialer Rechte, ihre Umsetzung und ihre Überwachungsfunktion (insbesondere im Wege des Europäischen Semesters) sowie über die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion geleistet werden.

Darüber hinaus können die Arbeiten zum Thema Zusammenhalt dazu beitragen, die Auswirkungen der COVID-19-Krise und des rasanten Anstiegs der Lebenshaltungskosten auf Ungleichheiten zu verstehen, um die vom Europäischen Rat ermittelten Prioritäten der EU zur Stärkung des Zusammenhalts, zum Abbau von Ungleichheiten und zur Rolle des Sozialschutzes besser abzustecken. Die Forschungsarbeiten zum Thema Vertrauen und Unzufriedenheit können zu den allgemeinen Initiativen im Zuge der Debatte über die Zukunft Europas beitragen. Daher könnten die im Rahmen dieser Tätigkeit erzielten Ergebnisse auch in Bezug auf das Europäische Semester zur Arbeit der verschiedenen Dienststellen der Europäischen Kommission sowie des Beschäftigungsausschusses (EMCO), des Ausschusses für Sozialschutz (SPC), des Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA), des Rates und des Europäischen Parlaments beitragen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 6 – Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz

Überblick

Im Jahr 2023 wird das Projekt über die Stadt-Land-Polarisierung in Europa abgeschlossen sein und neue Erkenntnisse liefern, die in die Debatte über die Aufwärtskonvergenz in Europa einfließen werden. Darüber hinaus wird Eurofound die politischen Entscheidungsträger weiterhin über die neuesten Trends und Triebkräfte der Aufwärtskonvergenz in Bezug auf die sozioökonomische Dimension informieren, indem es ihr Indikatorensystem aktualisiert und pflegt und regelmäßige jährliche Aktualisierungen über die Aufwärtskonvergenz im Bereich Leben und Arbeiten in Europa

sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als auch – sofern möglich – auf regionaler Ebene bereitstellt.

Aufbauend auf früheren Forschungsarbeiten zu Einkommensunterschieden und zum Mittelstand wird ein neues Projekt ins Leben gerufen, in dem ein Überblick über die Trends bei den Einkommensunterschieden insgesamt gegeben und ein besonderer Schwerpunkt auf die Entwicklung der Lage des Mittelstands in der EU gelegt wird.

Die Arbeit von Eurofound zum Thema Konvergenz und Ungleichheiten wird durch ein neues Projekt ergänzt, in dessen Rahmen die Rolle des Humankapitals in Bezug auf die Ungleichheiten in der EU und innerhalb der Mitgliedstaaten und insbesondere seine Rolle bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz untersucht werden. In Verbindung mit der Arbeit des Cedefop wird im Rahmen des Projekts eine vergleichende Analyse der nationalen Trends in den Bereichen Bildung und lebenslanges Lernen in Bezug auf das Ausmaß der Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen hinsichtlich Einkommen, Lebensbedingungen und Gesundheit durchgeführt. Zudem wird untersucht, welche Auswirkungen Bildungsungleichheiten auf individueller und gesellschaftlicher Ebene haben, und es wird die Rolle der Bildung als Triebkraft der Konvergenz bewertet, wobei der Schwerpunkt auf künftigen Entwicklungen auf Makroebene im Lichte der Mobilität innerhalb der EU und des doppelten Übergangs liegen wird.

Eurofound wird ihre Arbeiten über die Instabilität des Arbeitsmarktes und die Rolle wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten für den sozialen Zusammenhalt abschließen. Gleichzeitig wird ein neues Forschungsprojekt gestartet, um die neuen Herausforderungen zu untersuchen, die sich aus dem außerordentlich hohen Zustrom von Flüchtlingen aus der Ukraine in die EU ergeben. Ziel des Projekts ist es, das Ausmaß der Flüchtlingsströme in den einzelnen Ländern zu untersuchen, wobei der Schwerpunkt auf den Bemühungen der Mitgliedstaaten zur Integration der ukrainischen Flüchtlinge sowie auf den Auswirkungen auf die öffentliche Hand liegt. Dabei wird die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber ukrainischen Flüchtlingen und die Rolle der EU bei der Unterstützung der Integrationsbemühungen der Mitgliedstaaten analysiert.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Stadt-Land-Polarisierung (Fortsetzung)	• Bericht	2023
Gesellschaftliche Auswirkungen der Instabilitäten am Arbeitsmarkt (Fortsetzung)	• Bericht	2023
Sozialer Zusammenhalt und Rolle der wirtschaftlichen und sozialen Unzufriedenheit (Fortsetzung)	• Bericht	2024
Soziale Auswirkungen der Migration: Bewältigung der Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration ukrainischer Flüchtlinge (neu)	• Bericht	2024
Einkommensunterschiede und Mittelstand (neu)	• Bericht	2024
Die Rolle des Humankapitals für Zusammenhalt und Konvergenz (neu)	• Bericht	2024
Aktueller Stand: Aufwärtskonvergenz im Jahr 2023 (neu)	• Kurzbericht	2023

Ressourcen

189 000 EUR und 4,9 VZÄ

2.7 Tätigkeit 7: Management und Entwicklung von Erhebungen

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Die Erhebungen von Eurofound decken ein breites Spektrum politisch relevanter Bereiche innerhalb der strategischen Prioritäten von Eurofound ab und fließen in weite Teile des mehrjährigen Arbeitsprogramms ein. Die Agentur führt seit vielen Jahren drei europaweite Erhebungen durch (die EWCS seit 1990, die EQLS seit 2003 und die ECS seit 2004).

In den vergangenen Jahren hat Eurofound eine langfristige Strategie ausgearbeitet, die darauf abzielt, die Zukunftsfähigkeit und die finanzielle Nachhaltigkeit der Erhebungen zu gewährleisten. Die Häufigkeit der Erhebungen wurde überprüft, neue Datenerhebungsmethoden wurden untersucht und die Non-Response-Quoten analysiert.

Für den Zeitraum 2021-2024 plant Eurofound die Durchführung folgender Maßnahmen:

Die Agentur wird die langfristige Erhebungsstrategie weiterentwickeln, die eine Prüfung der Durchführbarkeit verschiedener und kostengünstigerer Datenerhebungsmethoden umfasst, wobei sowohl die Gesamtqualität der Erhebungen als auch ihre Vergleichbarkeit im Zeitverlauf zu berücksichtigen sind. Ein weiteres Element besteht darin, das Management der Erhebungen zu überprüfen und verschiedene Optionen für die Organisation der Erhebungen im Hinblick auf die Auftragsvergabe und Möglichkeiten für eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen EU-Agenturen sowie die verstärkte Hebung von Synergien und bessere Optionen für eine Erweiterung der Stichprobengröße durch eine intensivere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu bewerten. Zu den weiteren Entwicklungsarbeiten gehört die Untersuchung potenzieller ergänzender Datenquellen, wie Big-Data-Analysen und Online-Erhebungen mit nicht probabilistischer, nicht zufälliger Stichprobenziehung (aufbauend auf den Erfahrungen mit der elektronischen Erhebung zu COVID-19).

Die Feldarbeit für eine **EWCS** mittels telefonischer Befragungen (EWCS 2021) wurde 2021 aufgenommen; diese EWCS soll die Vorjahreserhebung 2020 ablösen, bei der die Teilnehmer persönlich befragt wurden und für die die zugehörige Feldarbeit aufgrund der COVID-19-Pandemie eingestellt werden musste. Aufgrund dieses Falls von höherer Gewalt war die Umstellung auf CATI die einzige Möglichkeit für Eurofound, die Feldarbeit in absehbarer Zeit wieder aufzunehmen; das Gleiche gilt für die meisten anderen statistischen Ämter weltweit. Eurofound setzte sich mit den Teilnehmern der EWCS 2020 in Verbindung, die einer erneuten Kontaktaufnahme zugestimmt hatten.

Vor dem Hintergrund des längerfristig angelegten Ansatzes für die Erhebungen von Eurofound wurde eine Machbarkeitsstudie mit verschiedenen Szenarien zur Zukunftsfähigkeit der Erhebungen von Eurofound ausgearbeitet und in einer Lenkungsgruppe erörtert. Auf der Grundlage der Studie und der Erörterung wurde beschlossen, dass Eurofound 2024 die EWCS durchführen und dabei

einige Fragen zu den Arbeits- und Lebensbedingungen aufnehmen wird, die in Bezug auf die Folgen der COVID-19-Pandemie relevant sind. Die Teilnehmer dieser Erhebung werden persönlich ausgewählt. Die Mehrheit dieser Teilnehmer wird auch persönlich befragt, damit sichergestellt ist, dass die Ergebnisse der Erhebung mit früheren EWCS-Erhebungswellen verglichen werden können. Um eine mögliche Umstellung der Eurofound-Erhebungen auf die Online-Datenverwaltung zu testen, ist geplant, eine kleinere zufällig ausgewählte Teilstichprobe von Teilnehmern zu ziehen, um die Befragung online durchzuführen. Dadurch wird bei einer Reihe ausgewählter Fragen aus der EWCS ein Vergleich der Antworten zwischen den beiden unterschiedlichen Verwaltungsmodi ermöglicht. Außerdem können die Auswirkungen des Übergangs zu einem internetbasierten Ansatz („Push-to-Web“) auf die Erhebungseffizienz und die Datenqualität geprüft werden. Bei dieser Erhebung 2024 werden die Teilnehmer gefragt, ob sie bereit sind, eine Reihe von Online-Folgefragebogen zu beantworten. Diese Folgefragebogen werden Fragen aus der EWCS enthalten, die im ursprünglichen Fragebogen nicht gestellt wurden; auf diese Weise wird die Auswahl der Variablen erweitert, anhand derer Trendbrüche erfasst werden können. Dieses Element ermöglicht es auch, die Wirksamkeit der Anwerbung von Erhebungsteilnehmern für Folgefragebogen, die Auswirkungen der anfänglichen Ablehnung der Beantwortung dieser Folgefragebogen sowie die Folgen der späteren Fluktuation der Teilnehmergruppe für die Zusammensetzung der Stichprobe zu prüfen.

Die **EQLS** sollte im Zeitraum 2026-2027 unter Berücksichtigung der im Rahmen der EWCS-Testerhebung 2024 gewonnenen Erfahrungen durchgeführt werden.

Eine Lenkungsgruppe mit Vertretern des Verwaltungsrats begleitete die Machbarkeitsstudie und wird mögliche Weiterentwicklungen des künftigen Ansatzes für Erhebungen überwachen.

Eine neue **ECS**-Erhebungswelle wird im nächsten Programmplanungszeitraum stattfinden. Es wird nach geeigneten Kooperationspartnern gesucht. Die Erhebung 2019 erstreckte sich auf die Bereiche Arbeitsorganisation, Personalverfahren, Arbeitnehmerbeteiligung, sozialer Dialog, Kompetenzstrategien und Digitalisierung am Arbeitsplatz.

Wie im Rahmen der Tätigkeit 1 angegeben, wird die Nutzung der Daten früherer Erhebungen, namentlich der EWCTS, auch während des mehrjährigen Programmplanungszeitraums fortgesetzt.

Tätigkeit 7 umfasst drei Arbeitsbereiche:

- Durchführung der Feldarbeit für die Erhebungen: Vorbereitung und Durchführung der Feldarbeit;
- methodische Entwicklung der Erhebung: zukunftssichere Erhebungen;
- Erhebungsmanagement: Verbesserung der Organisation der Erhebungen.

Ziele

Die Erhebungen dienen als Grundlage und Richtschnur für einen wesentlichen Teil der Forschungsarbeit von Eurofound. Im vorangegangenen Programmplanungszeitraum wurde der langfristige Ansatz für die Erhebungen neu bewertet: Eurofound entwickelte eine langfristige Strategie für die künftigen Erhebungen, um eine bessere Ressourcennutzung zu erzielen und zugleich mit den methodischen Entwicklungen Schritt zu halten.

Die Agentur wird die Durchführbarkeit verschiedener und kostengünstigerer Datenerhebungsmethoden prüfen und dabei die Gesamtqualität der Erhebungen sowie die

Vergleichbarkeit mit den in der Vergangenheit erhobenen Daten bewerten. Ein weiteres Ziel besteht darin, die Organisation der Erhebungen im Hinblick auf die Auftragsvergabe, die weitere Zusammenarbeit und die verstärkte Hebung von Synergien mit anderen EU-Agenturen und Mitgliedstaaten zu verbessern.

Erwartete Ergebnisse

Eurofound wird die Strategie für die Zukunftsfähigkeit der Erhebungen eingeführt haben, um zu gewährleisten, dass die Agentur auch weiterhin in ihren Kompetenzbereichen eine Schlüsseldatenquelle mit politischer Relevanz bleiben wird.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 7 – Management und Entwicklung von Erhebungen

Überblick

Die Agentur wird ihre Arbeiten mit der Lenkungsgruppe für die Zukunftsfähigkeit der Erhebungen fortsetzen, um den Übergang zur Online-Datenerhebung vorzubereiten und dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft qualitativ hochwertige, für Politik und Forschung relevante vergleichbare Daten über Arbeitsbedingungen und Lebensqualität erhoben werden.

Im Jahr 2023 wird Eurofound die EWCTS durch technische Arbeiten und die Qualitätsbewertung abschließen. Ferner wird sie gemeinsam mit dem Auftragnehmer weiter an den Vorbereitungen für die EWCS24-Testerhebung arbeiten. Sie wird die Ergebnisse des Pilottests analysieren und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in die Gestaltung der vollständigen Datenerhebung im Frühjahr 2024 einfließen lassen.

Die Vorbereitungen für die EQLS für den Zeitraum 2026-2027 werden im Jahr 2023 mit der Entwicklung eines Entwurfs von Erhebungsfragen beginnen, die für den Übergang zur Online-Erhebung auf der Grundlage des Auftrags der Agentur zur Analyse der Lebensbedingungen geeignet sind.

Eurofound wird auch weiter nach Möglichkeiten suchen, um die Bandbreite der Datenerhebungsinstrumente, auf die Eurofound zurückgreifen kann, zu erweitern und zu verbessern, und dabei Qualitätskriterien sowie Möglichkeiten zur Abmilderung potenzieller Qualitätsverluste prüfen. Eurofound wird für das Projekt „Activity 4 Youth“ Daten unter jungen Menschen erheben und dabei das für die Online-Erhebung zu Leben, Arbeiten und COVID-19 entwickelte Tool verwenden. Die ETF wird sich an diesem Projekt beteiligen und die Online-Erhebung in den Ländern durchführen, die ihrem Mandat entsprechen. Diese Maßnahme wird Aufschluss über die Nutzbarkeit des Tools für die Online-Erhebung für die Untersuchung bestimmter Bevölkerungsgruppen geben. Die in dieser Erhebung enthaltenen Fragen werden gleichzeitig in ausgewählten wahrscheinlickeitsbasierten Internetpanels in einer Reihe von europäischen Ländern verwendet.

Schließlich arbeitet Eurofound weiter daran, die Verwaltung der Erhebungen zu verbessern. Im Jahr 2023 wird sie ermitteln, welche Schritte erforderlich sind, um ihre Verfahren zur Verwaltung der Erhebungen an die Merkmale künftiger Erhebungen anzupassen, um den Bedarf an Ressourcen und Qualifikationen sowie an Finanzmitteln und die Qualitätsstandards zu bewerten, die für die interne Durchführung von Aufgaben in Bezug auf die Erhebungen erforderlich wären.

Die Tätigkeit erfordert auch Ressourcen für die Pflege und die Verbesserung des methodischen Fachwissens.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
EWCS-CATI und EWCS-Folgerhebung 2020 (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitsunterlagen Interne Papiere 	2023 2023
Vorbereitung und Durchführung der EWCS24-Testerhebung (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> Fragebogen Pilot-Datensatz 	2023 2023
Vorbereitung der EQLS für den Zeitraum 2026-2027 (neu)	<ul style="list-style-type: none"> Internes Papier 	2023
Methodische Erhebungsentwicklung (noch nicht abgeschlossen)	<ul style="list-style-type: none"> Datensatz Arbeitsunterlage 	2023
Verwendung des Tools für Online-Erhebungen zur Durchführung einer Online-Erhebung zum Thema Jugend (neu)	<ul style="list-style-type: none"> Datensatz 	2023
Erhebungsverwaltung (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> Internes Papier 	2024

Ressourcen

1 738 000 EUR und 6,1 VZÄ einschließlich der für die Durchführung der Erhebung zugewiesenen Ressourcen

2.8 Tätigkeit 8: Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftersuchen

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Um auf einen sich ändernden, zur Zeit der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms nicht vorhersehbaren Informationsbedarf und auf Ad-hoc-Ersuchen von politischen Entscheidungsträgern reagieren zu können, hält Eurofound Kapazitäten für die Erstellung von Hintergrundpapieren, kundenspezifischen Berichten und Kurzstudien auf Anfrage ihrer Interessenträger vor. Die reservierten Kapazitäten können auch genutzt werden, um Forschungsarbeiten auf eigene Initiative von Eurofound zu neuen und unvorhergesehenen Fragen durchzuführen. Der Exekutivausschuss wird umfassend über die eingegangenen Ersuchen und die Ad-hoc-Forschungsarbeiten informiert.

Ziele

Ziel ist es, den Interessenträgern der Agentur auf Anfrage relevante Informationen bereitzustellen.

Erwartete Ergebnisse

Eurofound wird in der Lage sein, flexibel auf einen sich ändernden Informationsbedarf zu reagieren und Fakten zu neuen, unvorhergesehenen Fragen bereitzustellen, die politisches Handeln erfordern.

Die Europäische Kommission, der Europäische Rat und seine Ausschüsse, das Europäische Parlament, die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer EU-Ratsvorsitze, die nationalen Regierungen und die europäischen Sozialpartner können auf Anfrage bedarfsgerechte Informationen zu Fragen erhalten, die im Aufgabenbereich von Eurofound liegen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 8 – Reaktion auf Ad-hoc-Auskunftersuchen

Outputs

Nutzerspezifische Berichte über die erzielten Erkenntnisse

Studien als Reaktion auf Anfragen der Interessenträger

Hintergrundpapiere

Beiträge zu Veröffentlichungen

Von Interessenträgern bezahlte Berichte

Ressourcen

330 000 EUR und 2,2 VZÄ

3. Horizontale Tätigkeiten

3.1 Tätigkeit 9: Kommunikation

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Kommunikation ist von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, das vorrangige Ziel von Eurofound zu erreichen, Wissen, forschungsbasierte Schlussfolgerungen, faktengestützte Informationen, Analysen und Dienstleistungen für die Politikgestaltung bereitzustellen sowie den Wissensaustausch zwischen den Interessenträgern zu fördern.

Die Anpassungen Eurofound an die überarbeitete Gründungsverordnung sind zwar noch nicht abgeschlossen, aber die Agentur ist nach wie vor in einem sich wandelnden Kommunikationskontext mit sich ständig verändernden politischen Rahmenbedingungen und einem Informations- und Verbreitungsklima tätig, das in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt durch die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine, stark gestört wurde. Als Reaktion darauf wurden die Prioritäten ständig angepasst und neue Instrumente und Kanäle entwickelt, um dem Informationsbedarf von politischen Entscheidungsträgern und anderen Interessenträgern gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund müssen die Bemühungen von Eurofound zunehmend und in erster Linie darauf ausgerichtet sein, sicherzustellen, dass ihr Wissen die einschlägigen Akteure auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene erreicht, um bessere politische Maßnahmen auf den zentralen Gebieten des Aufgabenbereichs der Agentur zu gestalten und umzusetzen. Die Rückmeldungen der Nutzer, Analyse-Daten, Persona-Analysen und Bewertungen vermitteln nach wie vor ein sehr klares Bild davon, wie dies am besten, in möglichst kurzer Zeit und so relevant und kosteneffizient wie möglich bewerkstelligt werden kann.

Ziele

Vier Hauptziele stecken den Rahmen für die Unternehmenskommunikation und den Verbreitungsplan in diesem Zeitraum ab:

1. Einführung eines politischen Schwerpunkts (im Einklang mit den einschlägigen Hauptprioritäten der EU) bei allen Kommunikationsoutputs, wobei der Erstellung und Förderung politisch relevanter Leistungen Vorrang eingeräumt und Fachwissen hervorgehoben wird;
2. Umsetzung eines „Digital First“-Ansatzes (Vorrang für die Digitalisierung) für die Erstellung und Verbreitung von Inhalten, nach dem Online- und mobilen Kanälen Vorrang gegenüber herkömmlichen Kanälen eingeräumt wird;
3. Nutzung von Kooperationspartnerschaften für Kommunikationsaktivitäten mit EU-Organen (insbesondere mit Kommission und Parlament), anderen EU-Agenturen, Sozialpartnern, internationalen Organisationen und anderen Multiplikatoren;
4. Weiterentwicklung der Kommunikation auf nationaler Ebene (unter Beibehaltung des Vorrangs der EU-Ebene), Integration eines nationalen Ansatzes für die Analyse und Bereitstellung von Daten, Verbesserung der Kommunikation mit den EU-Gremien der nationalen Vertreter (z. B. den EU-Ausschüssen) und Sondierung einer strategischen Zusammenarbeit für trilaterale Einrichtungen, nationale Regierungen, Sozialpartner und andere einschlägige Organisationen.

Erwartete Ergebnisse

Durch die Kommunikationstätigkeit wird sichergestellt, dass politische Entscheidungsträger und wichtige Interessenträger zeitnah und problemlos Zugang zu den wichtigsten Informationen, Erkenntnissen und Analysen von Eurofound erhalten, und zwar in einer Form und in einem Format, die bzw. das es ihnen ermöglicht, bessere politische Maßnahmen zur Verbesserung von sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischen Fragen zu konzipieren. Durch den „Digital First“-Ansatz wird dies noch weiter verbessert. Die Migration der Unternehmenswebsite auf Drupal 9 wird unter anderem eine bessere Datenvisualisierung und Interaktivität im Internet ermöglichen. Mithilfe von Kampagnen zur Bekanntmachung der Erkenntnisse, der Kompetenzbereiche und des Arbeitsprogramms von Eurofound wird sichergestellt, dass die Interessenträger wissen, wo und wie sie in geeigneter Weise auf die richtigen Informationen zugreifen können, um ihre Arbeit zu erleichtern. Als Ergebnis dieser Tätigkeit ist insbesondere – aber nicht ausschließlich – vorgesehen, die Zahl der Downloads aus dem Internet und die Internetnutzeraktivität zu steigern, die Zahl der Verweise auf Arbeiten von Eurofound in EU-Strategiepapieren sowie die Zahl der Beiträge und Beauftragungen von relevanten Eurofound-Sachverständigen für wichtige politische Debatten zu erhöhen, die Nutzung der Arbeiten von Eurofound durch Medienkanäle auszuweiten sowie die Zahl der Nennungen von Eurofound in wissenschaftlichen Fachzeitschriften und die Bekanntheit von Eurofound in den Medien zu erhöhen. Erfolgreiche Partnerschaften mit internationalen Organisationen, Institutionen, EU-Agenturen, EU-Mitgliedstaaten und den EU-Ratsvorsitzen sowie nationalen Einrichtungen werden die Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten weiter ausbauen und die Reichweite erhöhen.

Weitere Ergebnisse werden die Steigerung der Bekanntheit der Agentur und ihrer Arbeit bei neuen Zielgruppen und die Verbesserung der Zufriedenheit der bestehenden Interessengruppen sein. Dies

wird sich in anhaltend positiven Rückmeldungen der Nutzer, laufenden Anfragen von politischen Entscheidungsträgern auf EU- und nationaler Ebene nach spezifischem Fachwissen, einer höheren Reichweite und Wirkung in den Medien, einer verstärkten Interaktion in den sozialen Medien sowie einer größeren Zahl registrierter Kontakte niederschlagen. Im Zusammenhang mit den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament und dem institutionellen Übergang im Jahr 2024 wird Eurofound im Jahr 2023 mit den Vorbereitungen beginnen, um die Einführung der neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments und eines neuen Kommissionskollegiums zu nutzen, um die Partnerschaften von Eurofound zu stärken und eine kontinuierliche Zusammenarbeit in Bezug auf Kommunikationstätigkeiten sicherzustellen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 9 – Kommunikations- und Verbreitungsplan

Überblick

Im Jahr 2023 wird Eurofound ihre Kommunikationsaktivitäten auf institutioneller Ebene weiter anpassen, um eine optimale Präsentation und Bekanntmachung der Prioritäten und Ergebnisse des Arbeitsprogramms sicherzustellen. Dazu werden die Ergebnisse der Nutzerumfrage von 2022 und die Rückmeldungen aus dem Projekt zur Entwicklung von Personas sowie die laufenden Analysen und Parameter herangezogen und entsprechend angepasst.

Der politische Fokus der EU und insbesondere die übergreifenden Prioritäten im Kontext des dreifachen Wandels – soziale und wirtschaftliche Erholung nach COVID-19, Digitalisierung und Klimawandel – sowie die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und die steigenden Lebenshaltungskosten werden in hohem Maße die Ausrichtung und Priorisierung der Kommunikationstätigkeiten und des Ansatzes bestimmen. Andere wichtige Themen – darunter Mindestlohn, Plattformarbeit, Telearbeit und das Recht auf Nichtverfügbarkeit, die Kinder- und Jugendgarantie, Arbeitskräftemangel, der Arbeitsmarktübergänge älterer Arbeitnehmer, die EU-Strategie für Betreuung und Pflege und das Europäische Jahr der Kompetenzen – werden von besonderer Bedeutung sein. Insbesondere die Ergebnisse der EWCTS, die Ende 2022 veröffentlicht werden, werden Anfang 2023 intensiv bekannt gemacht. Ebenso wird die Weiterverfolgung verschiedener Aspekte im Zusammenhang mit der Umsetzung des Aktionsplans für den EPSR, z. B. ein größerer sozialer Zusammenhalt und die Angleichung hin zu einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, weiterhin im Vordergrund stehen. Damit verbundene Prioritäten, die sich während der einjährigen Konferenz zur Zukunft Europas in den Jahren 2021 und 2022 herauskristallisiert haben, werden auch das Kommunikationsprogramm und die Initiativen prägen, die sich auf bestehende und laufende Forschungsarbeiten in den entsprechenden Bereichen stützen. Besonderes Augenmerk wird auf die Initiativen und Tätigkeiten der Europäischen Kommission und die Prioritäten des Europäischen Parlaments sowie auf die Arbeit der Ratsvorsitze von Schweden und Spanien im Jahr 2023 gelegt werden. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament und des Mandats der neuen Kommission im Jahr 2024 werden vorbereitende Arbeiten durchgeführt, um die neuen politischen Entscheidungsträger zu sensibilisieren und ihnen Zugang zu Informationen zu verschaffen. Die Arbeiten an der Optimierung des multimedialen und mehrsprachigen Zugangs zu den zentralen Botschaften und politischen Themen in diesen und in anderen Bereichen werden fortgesetzt.

Im Rahmen der Umsetzung des „Digital First“-Ansatzes der Agentur werden weiterhin alle Aspekte der Arbeit der Agentur berücksichtigt, wobei mehrere Kommunikationsdimensionen wichtig sind: Es wird weiter an der Datenverwaltung und den Visualisierungskapazitäten gearbeitet, und der aktualisierte Eurofound-Datenexplorer wird weiterentwickelt, um einen besseren Zugang zu und eine bessere Nutzung von allen Erhebungs- und anderen Datenressourcen, insbesondere der Ergebnisse der EWCTS 2021 und der fünf Online-Erhebungen zu Leben, Arbeiten und COVID-19, sowie des Europäischen Jobmonitors und der Europäischen Unternehmenserhebung zu ermöglichen. Die Arbeit an der Entwicklung einer webbasierten App wird fortgesetzt, und im Rahmen der Webentwicklung wird eine Reihe neuer oder angepasster Online-Ressourcen bereitgestellt, die im Arbeitsprogramm skizziert sind. Generische Lösungen werden der individuellen Entwicklung vorgezogen und die Arbeit an der vollständigen Migration der Website auf Drupal 9 wird fortgesetzt. Die Webinarreihe für Unternehmen wird erweitert, um sie an die neuen politischen Prioritäten anzupassen, und die „Ask the expert“-Initiative wird weiter umgesetzt.

Die Nutzung des internen Studios wird ausgeweitet, um das Podcast-Programm für #EurofoundTalks und die Videobeiträge zu verbessern und gleichzeitig Kosteneffizienz bei der Bereitstellung von Eurofound-Fachwissen für wichtige Interessenträger sicherzustellen. In diesem Zusammenhang bleibt das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die Verfügbarkeit der Sachverständigen und die Bereitstellung des Fachwissens von Eurofound in verschiedenen Formaten über verschiedene Kanäle unter Einbeziehung eines breiten Spektrums von Plattformen zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern unter den Einrichtungen der EU, Sozialpartnern, trilateralen Gremien und Regierungen wird bei allen Kommunikationsaktivitäten auch künftig Priorität haben, und sie wird formalisiert werden; dies gilt insbesondere für die Bereiche gezielter politikorientierter Beiträge und Initiativen sowie Kampagnen in den sozialen Medien. Die Konsolidierung der Öffentlichkeitsarbeit zur Vergrößerung der Reichweite auf ein nationales Publikum über eine Reihe neuer digitaler und anderer Kanäle, einschließlich eines geplanten Programms für virtuelle Besuche, wird auf bestehenden Tätigkeiten und Partnerschaften aufbauen, einschließlich der angepassten Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten sowie anderen institutionellen Netzwerken, die fortgesetzt werden sollen. Insbesondere wird Eurofound die Zusammenarbeit mit den Ratsvorsitzen der EU verstärken und 2023 einen Beitrag zum schwedischen und spanischen Ratsvorsitz leisten.

Das Jahrbuch „Leben und Arbeiten in Europa“ wird im Rahmen der jährlichen Kampagne „Leben und Arbeiten in Europa“ erstellt und veröffentlicht; es umfasst eine Reihe von Tätigkeiten und Ergebnissen sowie eine hochrangige Veranstaltung zum Europatag.

Der Kommunikations- und Verbreitungsplan umfasst auch alle in den operativen Tätigkeiten genannten Kommunikationsoutputs. Diese werden in dem oben beschriebenen Rahmen bekanntgemacht und verbreitet werden.

Projekte und Outputs		
Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Produktions- und Veröffentlichungstätigkeit der Agentur	<i>Veröffentlichungen und Outputs der Agentur Beschilderung und Branding der Agentur – PD 2021-2024 Webinhalte, Datenbanken und Webanwendungen der Agentur Datenvisualisierung Bibliothek und Informationsdienste</i>	2023
Kampagnen der Agentur	<i>Pflege der Kontakte zu Interessenträgern durch Veranstaltungen, Zusammenkünfte, Webinare, Podcasts, Besuche und Partnerschaften Ausstellungen, Hardware und Logistik Verbreitung: Print, digital und On-Demand-Druck E-Mail-Marketing, Kommunikation in den sozialen Medien, Überwachung und Werbung, Pressearbeit, Pressemitteilungen, Medienpartnerschaften, Medienbeobachtung, Vertrieb und Partnerschaften Foto, Video und Audio Animierte Grafiken</i>	2023
Ressourcen		
1 219 000 EUR und 16,5 VZÄ		

3.2 Tätigkeit 10: Management und Entwicklung

Mehrjährige Perspektive

Überblick

Eurofound agiert innerhalb des institutionellen Rahmens der EU. Die Agentur hat sich dazu verpflichtet, Ergebnisse nach hohen fachlichen Standards zu liefern und gleichzeitig die verfügbaren Ressourcen möglichst effizient und wirksam zu nutzen. Die Tätigkeiten von Eurofound erfolgen in einem offenen und transparenten (regulatorischen) Governance-Rahmen und werden im Geiste von Zusammenarbeit und Teamarbeit ausgeführt. Bei der Unterstützung des strategischen Ziels der Organisation wird der Schwerpunkt auf folgende Bereiche gelegt:

Förderung und Einbindung der Mitarbeiter und Stärkung der Kapazitäten zur Schaffung einer leistungsstarken Organisation

- Kontinuierliche Investitionen in die Aus- und Weiterbildung und Entwicklung des Personals zur Unterstützung der vorgeschlagenen Maßnahmenbereiche;
- Steuerung der Beteiligung der Mitarbeiter in und der Verpflichtung der Mitarbeiter für die Zielsetzungen der Organisation in Bezug auf eine verbesserte Leistung der Agentur und Bindung von Personal durch die Schaffung einer höheren Eigenverantwortung, Verantwortung und Rechenschaftspflicht.

Bereitstellung von Daten sowie aufbereiteten und analysierten Informationen (Intelligence) für fundierte Entscheidungen über die Verwendung der knappen Ressourcen

- Im Hinblick auf die Verbesserung der Organisation, auf Lernprozesse und künftige Nachhaltigkeit stützt sich der Programmplanungszyklus gemäß festgelegter

Bewertungskriterien und Informationen über die Leistungsbeobachtung auf Daten und Fakten zur Umsetzung der Programmplanung.

- Die weitere Stärkung der tätigkeitsbezogenen Haushaltsplanung (ABB) und des tätigkeitsbezogenen Managements (ABM) leistet einen Beitrag zur Auslagerungsstrategie der Agentur und zur Optimierung der Zuweisung interner Ressourcen.
- Effiziente und wirksame Arbeitsmethoden und Ausführung von Aufgaben durch Anwendung von Projekt- und Prozessmanagementstandards im Rahmen der „Digital First“-Strategie.

Unterstützung ergebnisorientierter Maßnahmen im Einklang mit den Grundsätzen der Einhaltung der Vorschriften und der Leitungsstrukturen für EU-Agenturen

- Förderung ethischen Verhaltens zur Vermeidung von Interessenkonflikten und Unregelmäßigkeiten sowie Gewährleistung einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Betrug auf der Grundlage des Rahmens für interne Kontrolle der Agentur;
- weitere Professionalisierung des Qualitätsmanagementkonzepts der Agentur im Einklang mit etablierten und neuen Verfahren in vergleichbaren EU-Agenturen, die der Tätigkeit von Eurofound angemessen sind.

Ziele

Die Agentur erfüllt ihren Auftrag mit Personal, das sein Potenzial durch folgende Maßnahmen ausschöpft:

- Durchführung von Entwicklungsprogrammen mit hybriden Lernformen („Blended Learning“);
- Unterstützung durch wirksame professionelle Projekt- und Prozessmanagementinstrumente;
- Zugang zu Daten und Analysen über die Programmdurchführung auf der Grundlage effizienter digitaler Lösungen.

Während des Programmzeitraums wird die Agentur ihren Nachhaltigkeitsrahmen für wirtschaftliche, soziale und Umweltauswirkungen mit Standards umsetzen, die eine vergleichbare Messung gewährleisten.

Erwartete Ergebnisse

Optimierung der Kompetenzen und Fähigkeiten des Personals im Hinblick auf die Erfüllung der Programmanforderungen.

Hinreichende Gewährleistung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung auf der Grundlage der Bausteine der internen Kontrolle und spezifischer Prüfungen.

Arbeitsprogramm 2023: Tätigkeit 10 – Management und Entwicklung

Überblick

- Jährliche Schulungsmaßnahmen für die Personalentwicklung auf der Grundlage der Einführung der aktualisierten Strategie für Lernen und Entwicklung.
- Übersichtstabelle mit Leistungsindikatoren und einer qualitativen Analyse der bisherigen Leistung sowie der Rückmeldungen der Nutzer.
- Analyse der organisatorischen Leistung und Verbesserungen von Verfahren im Rahmen des „Digital First“-Ansatzes.

- Umsetzung der Vorgaben zur Stärkung der Informationssicherheit und zum Schutz der digitalen Vermögenswerte von Eurofound im Zusammenhang mit den neuen Verordnungen zur Cybersicherheit und Informationssicherheit.
- Gut funktionierende interne Kontrollkomponenten und Null-Toleranz-Politik gegenüber Betrug durch jährliche Risikobewertung, regelmäßige Überwachung und den jährlich durchgeführten Ethikmonat der Agentur.

Projekte und Outputs

Projektbeschreibung	Outputs	Jahr
Entwicklung und Einführung eines Coaching-Tools zur Unterstützung des informellen Lernens und der beruflichen Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> • Schulungen für Führungskräfte und Mitarbeitende • IT-Tool zur Überwachung, Anleitung und Aufzeichnung des informellen Lernens 	2023
Evaluierung und Überwachung: Leistung der Organisation und Lernen innerhalb der Organisation	<ul style="list-style-type: none"> • Bewertungsbericht über die Programmentwicklung für das Programmplanungsdokument 2025-2028 	2023
Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen gemäß dem EMAS-Plan • Interne EMAS-Audits • Externes EMAS-Audit und erneute Zertifizierung 	2023 2023 2023
Führungsstruktur	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Verwaltungsrats und des Exekutivausschusses • Jährliche Bewertung der internen Kontrolle und Risikoprüfung • Jährlicher Tätigkeitsbericht 2022 der Agentur, einschließlich Nachhaltigkeitsbericht 	2023 2023 2023
Ressourcen		
215 000 EUR und 4,3 VZÄ		

4. Konzept für die Umsetzung

4.1. Methoden und Instrumente

Eurofound wird in diesem Programmplanungszeitraum ein breites Spektrum von Forschungsansätzen, Methoden und Datenquellen einführen. Die Erhebungsinstrumente von Eurofound wurden bereits im Abschnitt „2.7 Tätigkeit 7: Management und Entwicklung von Erhebungen“ beschrieben. Weitere Methoden und Instrumente sind:

- Analyse weiterer Datensätze von Dritten, vornehmlich von Eurostat, durch Eurofound. Dazu gehört sowohl die direkte Nutzung der Datenquellen von Eurostat und anderer Datenquellen als auch der Abgleich verschiedener Datensätze, um einzigartige Informationsquellen zu schaffen, wie dies beispielsweise beim Europäischen Jobmonitor der Fall ist.
- Sammlung von Informationen auf nationaler Ebene und Vergleich von Vorschriften und Verfahrensweisen. Dies geschieht in erster Linie zusammen mit dem Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten, die in allen Mitgliedstaaten vertreten sind. Die Repräsentativitätsstudien sind ein Beispiel für diesen Ansatz. Das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten trägt zu allen Forschungsbereichen von Eurofound bei (insbesondere in Bereichen, in denen es keine

harmonisierten Datenquellen gibt), indem es die institutionellen Rahmen, politischen Maßnahmen und Verfahren beschreibt und vergleicht.

- Systematisierung der öffentlich zugänglichen Informationen, z. B. im Rahmen des ERM. Eurofound wird weitere Optionen zur Nutzung von Big Data und nutzergenerierten Informationen prüfen.
- Der Ansatz für die Evaluierung der politischen Maßnahmen beruht in erster Linie auf einer Bewertung bereits durchgeführter Evaluierungen. Dies erfordert eine Zusammenstellung und kritische Überprüfung zahlreicher Studien und, soweit möglich, von Meta-Evaluierungen. Ein weiterer möglicher Ansatz ist der Einsatz von Expertenbefragungen.
- Da in diesem Programmplanungszeitraum der Wandel stärker im Vordergrund steht, wird zukunftsorientierten Methoden wie Szenarienbildung, Prognosen und Backcasting ebenfalls ein höherer Stellenwert beigemessen. Diese werden häufig gemeinsam nach Absprache mit Interessengruppen genutzt. Die explorativen Methoden können auch Fallstudien zu neu auftretenden, aber bislang eher unerheblichen Erscheinungen umfassen.
- In diesem Programmplanungszeitraum wird verstärkt auf Forschungsarbeiten Dritter zurückgegriffen, die von anderen akademischen Einrichtungen, von Organen und Einrichtungen der EU, internationalen Organisationen, Thinktanks usw. erstellt werden. Sie können für verschiedene Themen in den zwei strategischen Bereichen „Frühzeitige Erkennung und Umgang mit den Auswirkungen des Wandels“ und „Förderung des sozialen Zusammenhalts und der Konvergenz“ genutzt werden. Sie können auch herangezogen werden, um politisch relevante Beiträge zu wichtigen politischen Debatten zu leisten.
- Die Agentur wird gegebenenfalls die Nutzung nationaler Verwaltungsregister und -datenbanken prüfen, wobei sie sich dessen bewusst ist, dass der Zugang zu den Daten und ihre Vergleichbarkeit schwierig sind.
- Es besteht die Möglichkeit, Ad-hoc-Studien durchzuführen, und zwar sowohl solche, die von den Interessenträgern angefordert werden, als auch solche, die von Eurofound als Reaktion auf den sich ändernden politischen Bedarf im Laufe des Programmplanungszeitraums in die Wege geleitet werden.

Der Großteil der Ressourcen wird für Erhebungen und für das Netzwerk der Eurofound-Korrespondenten aufgewendet. Gegebenenfalls werden andere Instrumente und Ansätze in Betracht gezogen. Während des Programmplanungszeitraums wurden mehrfach Online-Erhebungen durchgeführt, die zu einem Bestandteil des Instrumentariums von Eurofound wurden.

4.1. Zusammenarbeit und Partnerschaften⁹

Von Eurofound werden enge Arbeitsbeziehungen zu anderen EU-Agenturen angestrebt und unterhalten. Die Agentur wird weiterhin auf der etablierten Zusammenarbeit mit Schwesteragenturen im Politikbereich Beschäftigung und Soziales (Cedefop, ELA, ETF und EU-OSHA) sowie mit anderen Agenturen, deren Tätigkeit einen Zusammenhang mit der Arbeit von Eurofound aufweist (EUA, EIGE, FRA), aufbauen. Vereinbarungen und die Koordinierung der Arbeitsprogramme können zur Festlegung gemeinsamer Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse führen. Die Agenturen veranstalten jährliche Treffen der Direktoren und tauschen Arbeitsprogramme aus, um Überschneidungen zu vermeiden und Bereiche und Themen zu ermitteln, in denen eine verstärkte Zusammenarbeit stattfinden sollte. Eurofound hat vor kurzem eine Vereinbarung mit der ELA

⁹ [Interessenträger und Partner](#) – Kooperationsvereinbarungen/Vereinbarungen mit Schwesteragenturen.

unterzeichnet und wird einen ersten Aktionsplan aufstellen, der die Möglichkeit gemeinsamer Maßnahmen im Bereich der Mobilität umfassen kann, sofern dies von beiden Agenturen als zweckmäßig erachtet wird.

Im Bereich der Erhebungen ist die Zusammenarbeit gut etabliert. So ist die EU-OSHA Mitglied der EWCS-Gruppe zur Ausarbeitung der Fragebögen, da sie Daten für das Arbeitsschutzbarometer liefert, und die ETF hat sich mit Eurofound zusammengetan, um die Erhebungen zu Leben, Arbeiten und COVID-19 in den Drittländern in der Nachbarschaft durchzuführen und sie somit auf Gebiete außerhalb der EU-27 auszuweiten. Eurofound und die ETF werden im Jahr 2023 in 22 Drittländern eine elektronische Umfrage zur Jugend durchführen. Die Plattformarbeit ist ein Bereich, in dem der Austausch von Fachwissen und Kenntnissen zugenommen hat, da jede Agentur einen ergänzenden Blickwinkel auf das Thema bietet. Dies gilt auch für den Bereich Jugend. Außerdem wird Eurofound Partnerschaften mit dem Cedefop, der ETF und anderen Agenturen und Organen der EU für die nächste Europäische Unternehmenserhebung prüfen.

Die Zusammenarbeit zum Austausch von Methoden und gemeinsamen Ansätzen wird fortgesetzt, insbesondere in den Bereichen Risikomanagement, Cybersicherheit, Leistungsindikatoren und Projektmanagement. Als führende Agentur von insgesamt 12 Agenturen, die an dem gemeinsamen Rahmenvertrag für Bewertungs- und Feedbackdienste beteiligt sind, wird Eurofound die Praxisgemeinschaft im Bereich der Bewertung und des Wissensmanagements weiter aufbauen. Konkret wird die Agentur im Jahr 2023 gemeinsam mit dem Cedefop, der ETF und der EU-OSHA an der individuellen Bewertung jeder Agentur und der von der GD EMPL in Auftrag gegebenen bereichsübergreifenden Analyse mitwirken. Eurofound hat mit der ELA eine Dienstgütevereinbarung (SLA) über die gemeinsame Nutzung der Dienstleistungen des Rechnungsführers von Eurofound geschlossen.

Eurofound wird sich bemühen, ihre Beziehungen zur Europäischen Kommission auszubauen. Dazu gehört auch die Prüfung einer weiteren Koordinierung zwischen dem Netz der Eurofound-Korrespondenten und den Netzen unter der Verantwortung der GD EMPL. Die Tätigkeiten mit der Gemeinsamen Forschungsstelle werden fortgesetzt. Die Zusammenarbeit könnte in Bereichen wie der Unterstützung des Aufbaus der Kapazitäten der Sozialpartner im Rahmen des ESF und bei Umstrukturierungsmaßnahmen für den EGF vertieft werden. Die Agentur wird auch neue Wege der Zusammenarbeit mit der GD Forschung und Innovation ausloten, um die derzeitige Rolle von Eurofound zu stärken.

Die Zusammenarbeit im Bereich Kommunikation wird im Abschnitt „3.1 Tätigkeit 9: Kommunikation“ ausführlicher behandelt. Eurofound wird nach Möglichkeiten suchen, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die als Multiplikatoren fungieren oder Synergien in Bezug auf die Tätigkeit der Agentur heben können. Dies würde auch die Prüfung der Zusammenarbeit mit Organisationen umfassen, die in der Gründungsverordnung genannt sind, wie etwa mit den nationalen trilateralen Einrichtungen.

Die Agentur ist bereit, gegebenenfalls auf Anfrage der Kommission Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen durchzuführen, wie in der Gründungsverordnung der Agentur als eine der Aufgaben von Eurofound angegeben.

Die Dienstgütevereinbarung mit der GD Beschäftigung über die Durchführung eines dreijährigen Pilotprojekts über Mindestlöhne geht in das letzte Jahr.

Das Pilotprojekt umfasst die folgenden eigenständigen Projektmodule:

1. Durchsetzung der Mindestlöhne und Einhaltung von Vorschriften (Quantifizierungsansätze, Bestandsaufnahme von Institutionen, Politikanalyse für ausgewählte Sektoren);
2. Datenbank für Mindestlöhne in Tarifverträgen (Planung der Datenbank, Erprobung im Pilotversuch und Einpflegen von Daten);
3. Regulierung der Mindestentgelte bzw. Mindesttarife für Selbstständige (vergleichender Bericht).

4.2. Strategie für die Beziehungen zu Drittländern und zu internationalen Organisationen

Eurofound unterhält enge Arbeitsbeziehungen zu internationalen Organisationen wie der IAO und der OECD, die eine globale Perspektive bei der Analyse politischer Fragen der EU ermöglichen.

Eurofound hat sich verpflichtet, ihre Arbeit in den Kandidatenländern fortzusetzen und dabei auf der positiven Rolle der EU-Agenturen bei der Unterstützung der EU-Erweiterungsstrategie aufzubauen. Im Rahmen des Instruments für Heranführungshilfe (IPA III) wird Eurofound die Analyse einiger ihrer Forschungs- und Erhebungsdaten voraussichtlich erneut auf die westlichen Balkanländer und die Türkei ausweiten. Auf diese Weise können sich die Länder nicht nur mit anderen vergleichen, sondern auch ihre eigenen Entwicklungen im Bereich der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Zeitverlauf verfolgen.

Eurofound wird auch die Möglichkeit eines ähnlichen Ansatzes mit anderen Ländern im Osten und Süden im Rahmen des Programms der Europäischen Nachbarschaft prüfen.

Die Mittel für internationale Beziehungen werden gekürzt. Die entsprechenden Maßnahmen sind in den Tätigkeiten des Jahresarbeitsprogramms erfasst. In begrenztem Umfang sind in der ordentlichen Haushaltlinie für Dienstreisen der Agentur Mittel für Dienstreisen vorgesehen.

5. Ausblick auf die personellen und finanziellen Ressourcen: Ressourcenplanung für die Jahre 2022-2025

5.1. Finanzielle Ressourcen

Im Dezember 2020 nahm der Europäische Rat den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021-2027 an, der nach wie vor die wichtigste Grundlage für die Entwicklung des Zuschusses an Eurofound in den Planungsjahren darstellt. Grundsätzlich ist im MFR ein reales Einfrieren (in Preisen von 2018) für alle voll arbeitsfähigen Agenturen vorgesehen, zu denen auch Eurofound gehört.

Die Entwicklung des Berichtigungskoeffizienten für Irland, der auf die Gehälter der Bediensteten angewandt wird, um die Kaufkraftparität mit den EU-Bediensteten in anderen Ländern zu gewährleisten, führte jedoch zu einem jährlichen Anstieg von 1 780 000 EUR im Vergleich zu 2019. Um diese außerordentliche Veränderung des Berichtigungskoeffizienten (Anstieg von 119,2 % im

Jahr 2019 auf 136,9 % im Jahr 2022) auszugleichen, wurde ein zusätzlicher Zuschussbetrag von 650 000 EUR ab 2023 beantragt, um diesen Anstieg und seine Auswirkungen auf den operativen Haushalt zumindest abzumildern. Ferner beschloss die Europäische Kommission im Mai 2022, die zusätzlichen Kosten der Agenturen aufgrund inflationsbedingter Gehaltserhöhungen ab 2023 zu übernehmen; für Eurofound bedeutet dies eine Erhöhung des Zuschusses um 453 000 EUR ab 2023. Der geplante Zuschuss für 2023 beläuft sich daher auf 23 595 000 EUR, woraus sich für 2023 Haushaltsmittel von insgesamt 23 813 000 EUR ergeben.

Da der höhere Zuschuss die steigenden Kosten aufgrund der höheren Inflationserwartungen, die sich insbesondere in einem massiven Anstieg der Energiekosten bemerkbar machen, nicht vollständig abdecken wird, muss Eurofound in allen Bereichen ihrer Tätigkeit erhebliche Einsparungen vornehmen: technische Verbesserungen und Prozessverbesserungen, höhere Synergien und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sowie Innovationen.

In Titel 3 (Operative Ausgaben) sind für 2023 rund 6,1 Mio. EUR veranschlagt. Aufgrund des in den vergangenen Jahren nahezu eingefrorenen Zuschusses liegt dieser Wert noch immer deutlich unter dem Niveau von 2010, als er rund 7,8 Mio. EUR betrug. Die erwarteten Zuschusserhöhungen, die im MFR für die nächsten Jahre vorgesehen sind, und die zusätzliche Erhöhung, mit der der Anstieg des Berichtigungskoeffizienten und der Gehälter zumindest teilweise abgedeckt werden soll, werden dazu beitragen, den Haushalt zu stabilisieren und in den Prognosejahren den Trend eines schrumpfenden Titels 3 leicht umzukehren und ihn bis 2025 wieder auf 6,3 Mio. EUR anzuheben. Nach dem relativ starken Anstieg in Titel 1 (Personalkosten und personalbezogene Kosten) in den Jahren 2019-2023 (hauptsächlich aufgrund der Erhöhung des Berichtigungskoeffizienten für Irland und der Gehaltserhöhungen im Jahr 2022) sind in den kommenden Jahren keine weiteren Erhöhungen vorgesehen, sodass die Mittel für Titel 1 in den Planungsjahren nur um relativ bescheidene 2 % wachsen werden. Jede weitere Erhöhung des Berichtigungskoeffizienten über das Niveau von 2022 hinaus würde die Fähigkeit von Eurofound, ihr Mandat zu erfüllen, ernsthaft gefährden, da der operationelle Haushalt auf ein (langfristig) untragbares Niveau sinken müsste.

Bereits im Jahr 2022 müssen zusätzliche Mittel für Titel 2 (Infrastrukturausgaben) bereitgestellt werden, um den außerordentlichen Anstieg der Energiekosten und der IT-Kosten zu auszugleichen, der auf den weiter steigenden Bedarf an digitalen Lösungen zurückzuführen ist, einschließlich einer verstärkten Konzentration auf die Prävention von Cyberkriminalität und -angriffen. Schließlich ist auch eine höhere Mittelzuweisung in Titel 2 erforderlich, um das Nachhaltigkeitsprogramm von Eurofound zu verwirklichen, insbesondere die ökologische Nachhaltigkeit, die erforderlich ist, um bis zum Ende des Jahrzehnts CO₂-Neutralität zu erreichen. In allen anderen Bereichen des Titels 2 werden ganz erhebliche Einsparungen erforderlich sein, um den erwähnten Kostenanstieg so weit wie möglich abzufedern.

<i>in Tausend EUR</i>	2021	2022	2023	2024	2025
	Finanzmittel	Jahresprognose	PD 2023	Vorschau	Vorschau
Einnahmen					
Zuschuss	21600	22051	23595	24045	24503
Sonstige Einnahmen	220	219	218	215	217
Gesamt	21820	22270	23813	24260	24720
Ausgaben					
Titel 1	14080	15586	16053	16360	16660
Titel 2	1640	1739	1660	1720	1740
Titel 3	6100	4945	6100	6180	6320
Gesamt	21820	22270	23813	24260	24720

Einzelheiten zur Einnahmen- und Ausgabenentwicklung finden sich in [Anhang III](#) – Finanzielle Ressourcen

5.2. Humanressourcen

Die folgende Tabelle zeigt die voraussichtliche Personalentwicklung bis zum Jahr 2025.

Personalbestand	Personalbestand 2021	Für 2022 vorgesehener Personalbestand	Für 2023 vorgesehener Personalbestand	Für 2024 vorgesehener Personalbestand	Für 2025 vorgesehener Personalbestand
AD insgesamt ¹⁰	51	51	51	51	51
AST insgesamt ¹¹	40	40	40	40	40
VB insgesamt ¹²	13	13	13	13	13
ANS ¹³	1	1	1	1	1

¹⁰ Bedienstete der Funktionsgruppe „Administration“ (AD) insgesamt umfasst Beamte und Bedienstete auf Zeit.

¹¹ Bedienstete der Funktionsgruppe „Assistenz“ (AST) insgesamt umfasst Beamte und Bedienstete auf Zeit.

¹² Vertragsbedienstete, in VZÄ.

¹³ Abgeordnete nationale Sachverständige (ANS).

Strukturelle Dienstleistungsanbieter ¹⁴	7	7	7	7	7
GESAMT	112	112	112	112	112

Eurofound erwartet keine Änderungen des Gesamtpersonalbestands im Zeitraum 2021-2025. Einzelheiten zum Personalbestand und zur Personalentwicklung finden sich in Anhang IV: Humanressourcen in quantitativer Hinsicht.

Die stabile Zahl der Bediensteten trägt dem unveränderten Auftrag und der Fortführung der meisten Aufgaben Rechnung.

5.3. Ausweitung der Aufgaben und Effizienzsteigerungen

Die Änderung der Gründungsverordnung von Eurofound (Verordnung (EWG) Nr. 1365/75) führte zwar zu einer Aktualisierung ihres Auftrags, beinhaltet jedoch keine wesentlichen Veränderungen mit Auswirkungen auf den Ressourcenbedarf. Dieses Programmplanungsdokument sieht daher weder neue Aufgaben noch eine Ausweitung bestehender Aufgaben vor.

Die Agentur könnte jedoch mit Aufgaben wie Pilotprojekten betraut oder im Wege von Beitragsvereinbarungen beauftragt werden, für die über die hier vorgestellten Zahlen hinaus Mittel bereitgestellt werden müssten.

Vor dem Hintergrund eines potenziell real eingefrorenen Haushalts für die nächsten Jahre, der lediglich um einen Betrag erhöht wird, der den Berichtigungskoeffizienten für Irland teilweise ausgleicht, sind Effizienzsteigerungen die einzige Möglichkeit, den wahrscheinlich eintretenden Auswirkungen von Kostensteigerungen jenseits der Inflation zu begegnen, z. B. in den Bereichen IKT oder Versorgungsleistungen und bei der Erhebung verlässlicher Daten. Da mehr als 60 % des Haushaltsplans für den Bereich Personalkosten und personalbezogene Kosten (Titel 1) aufgewendet werden, der weitgehend durch das Statut der Beamten der EU geregelt ist, können Effizienzgewinne ausschließlich über die Zahl der Bediensteten und – in erheblich geringerem Umfang – in Bereichen wie Dienstreisen, Gebäude und Vergabe von Dienstleistungen erzielt werden. Aufgrund der während der Pandemie getroffenen Maßnahmen wurden die Ausgaben für Dienstreisen, Sitzungen und die Verwaltung sowie die allgemeinen Verwaltungskosten bereits im Vergleich zu früher gesenkt, um die operativen Kernaufgaben trotz erheblicher Kostensteigerungen, insbesondere im Bereich der Datenerhebung, zu bewältigen.

Ein wichtiger Hebel für Effizienzgewinne könnte darin bestehen, die Zahl der Dienstleistungen, die gemeinsam von mehreren EU-Agenturen oder von einer Agentur und der Kommission in Anspruch genommen werden, zu erhöhen. Im Vergleich zu der Situation vor mehreren Jahren haben die Agenturen ihren Ansatz für die gemeinsame Nutzung von Dienstleistungen erheblich

¹⁴ Dienstleistungsanbieter stehen unter dem Vertrag eines privaten Unternehmens und führen spezielle ausgelagerte Aufgaben horizontaler bzw. unterstützender Natur, zum Beispiel im Bereich Informationstechnologie, aus. Bei der Kommission sollten folgende allgemeine Kriterien erfüllt sein: 1) kein Einzelvertrag mit der Kommission; 2) in den Räumlichkeiten der Kommission, üblicherweise mit PC und Schreibtisch; 3) verwaltungstechnisch der Kommission unterstellt (Ausweis usw.) und 4) trägt zur Wertschöpfung der Kommission bei.

professionalisiert: systematische Prüfung potenzieller Aufgaben für die gemeinsame Nutzung, erhebliche Zunahme der Zahl der gemeinsam durchgeführten Auftragsvergaben, wodurch Einsparungen im administrativen Bereich und Skaleneffekte ermöglicht werden, sowie regelmäßige Überwachung der in diesem Bereich erzielten Fortschritte und Berichterstattung über diese Fortschritte. Eurofound hat mit der ELA auch eine Dienstgütevereinbarung über die gemeinsame Nutzung der Leistungen des Rechnungsführers von Eurofound geschlossen.

Gleichermaßen hat der Umfang der mit der Kommission gemeinsam genutzten Dienstleistungen und gemeinsam durchgeführten Auftragsvergaben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung des Personalverwaltungssystems der Kommission, Sysper, bei Eurofound, die während der Laufzeit dieses Programmplanungsdokuments abgeschlossen wird.

Zwar haben diese Entwicklungen gewiss zu einer höheren Qualität der beschafften Waren und Dienstleistungen geführt und Skaleneffekte ermöglicht, doch bleibt die Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Kosten deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Verfahren für die Teilnahme an gemeinsamen Auftragsvergabeverfahren und die gemeinsame Nutzung von Diensten sind mit Koordinierungskosten verbunden, die mögliche Einsparungen teilweise aufwiegen. Dies gilt umso mehr, wenn eine Agentur eine gemeinsame Auftragsvergabe federführend durchführt oder Dienstleistungen für andere anbietet. Im Falle der Kommission führt dies regelmäßig zur Forderung von sehr hohen festen Jahresgebühren, z. B. für die Nutzung von Sysper oder die Möglichkeit der Teilnahme an Ausschreibungen im IT-Bereich.

Neben der gemeinsamen Nutzung von Dienstleistungen und gemeinsamen Auftragsvergaben ist die Bereitstellung von mehr und besseren digitalen Lösungen zur Unterstützung der Agentur ein zentrales Element für die Erzielung von Effizienzgewinnen. Ein weiterer Schwerpunkt in den kommenden Jahren wird die digitale Neugestaltung von Prozessen und Projekten zur Verringerung des Verwaltungsaufwands sein. Dies geht jedoch zulasten zusätzlicher Ausgaben im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie. Alles in allem wird sie dennoch eine Nettoeffizienzsteigerung für die Agentur bedeuten.

Schließlich werden auch die Lehren, die aus der langen Zeit der Arbeit von zuhause aus während der COVID-19-Pandemie 2020 und 2021 gezogen wurden, eine Steigerung der Effizienz ermöglichen. Elektronische Unterschriften, eine steigende Zahl von Online-Sitzungen, die digitale Kommunikation über Forschungsergebnisse und zahlreiche weitere kleinere Maßnahmen werden sowohl zu Gesamtkosteneinsparungen als auch zu einer verbesserten Umweltverträglichkeit führen.

Kontaktaufnahme mit der EU

Persönlich

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe-Direct“-Informationsbüros. Die Adresse des Büros in Ihrer Nähe finden Sie unter: https://europa.eu/european-union/contact_de

Telefon oder E-Mail

Europe Direct ist ein Dienst, der Ihre Fragen zur Europäischen Union beantwortet. Kontaktieren Sie Europe Direct:

- über die gebührenfreie Nummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister können allerdings Gebühren berechnen),
- über die folgende Rufnummer der Zentrale: +32 22999696
- per E-Mail über: https://europa.eu/european-union/contact_de

Wo finden Sie Informationen über die EU

Im Internet

Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen der EU sind verfügbar auf der Europa-Website unter: <https://europa.eu>

EU-Veröffentlichungen

Unter folgender Adresse können Sie beim EU Bookshop EU-Veröffentlichungen herunterladen oder bestellen: <https://publications.europa.eu/eubookshop>. Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich bitte an Europe Direct oder das Informationsbüro in Ihrer Nähe (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

EU-Recht und damit zusammenhängende Dokumente

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1951 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex unter: <https://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten von der EU

Über ihr Offenes Datenportal (<https://data.europa.eu/euodp/de/home>) stellt die EU-Datensätze zur Verfügung. Die Daten können zu gewerblichen und nicht gewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine trilaterale Agentur der Europäischen Union, die 1975 gegründet wurde. Sie hat den Auftrag, Fachwissen im Bereich sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Strategien gemäß der Verordnung (EU) 2019/127 bereitzustellen.



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union

ISBN 978-92-897-2322-0

ISSN 2363-3174

doi:10.2806/111634